

DEUTSCHE POLIZEI

Januar 2020 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



100 JAHRE POLIZEI IM SPIEL

Wenn Verbrechen unterhält

Ein starkes Team!



**Gewerkschaft
der Polizei**

PVAG Polizeiversicherungs-AG

Das Gemeinschaftsunternehmen
der GdP und der SIGNAL IDUNA Gruppe



Für alle Polizeibeschäftigten bleiben wir gemeinsam am Ball.

Als weltweit größte Interessenvertretung der Polizei setzt sich die Gewerkschaft der Polizei (GdP) für Ihre beruflichen Belange ein.

Die PVAG Polizeiversicherungs-AG, das Gemeinschaftsunternehmen der GdP und SIGNAL IDUNA Gruppe, bietet Ihnen als berufsständischer Versicherer spezielle Absicherung und Vorsorge.

GdP und PVAG – Ein starkes Team im Einsatz für Sie. Informieren Sie sich jetzt!

www.gdp.de – Telefon 030 3999210 – gdp-bund-berlin@gdp.de

www.pvag.de – Telefon 0231 1352551 – polizei-info@pvag.de

+++ KURZ VOR REDAKTIONSSCHLUSS +++



Engagierte Arbeit. Foto: Schönwald

Anfang Dezember tagte das Projektteam „Gleichstellung und Chancengleichheit“ der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Berlin. Nackte Zahlen belegen, Chancengleichheit wird in unserer Gesellschaft immer wichtiger: 51 Prozent der Bevölkerung sind weiblich, über 70 Prozent der Frauen sind berufstätig. Jedoch spiegeln sich diese Anteile auch im 21. Jahrhundert nicht in den Führungsebenen wider. Woran liegt es, dass selbst das 1949 ausgefertigte und verkündete Grundgesetz, die Situation noch nicht wesentlich verbessert hat?

Darum kümmert sich nunmehr eine Projektgruppe der GdP-Bundesfrauengruppe. Die Polizei als moderner Arbeitgeber solle die Chancengleichheit im 21. Jahrhundert „existent“ werden lassen, so das erklärte Ziel der Frauen.

Siggi Holschen,
Landesfrauenvorstand Bremen

TITEL

- 4 Wenn erst die Polizei im Spiel ist

KOMMENTIERT

- 2 Klare Kante gegen Spaltung, Hetze und Intoleranz

HILFREICH

- 9 Jetzt auch myfone an Bord
- 13 Von klassisch bis Outdoor: Israel-Bildungsreisen 2020
- 20 Bildungsreise Israel: Viele Highlights und neue Ziele
- 23 Verkürzung der Wochenarbeitszeit für langjährig Schichtdienstleistende
- 31 Wir für euch – Egal wo ihr gerade seid!
- 33 Eine Frage der Wertschätzung
- 38 30 Jahre Informationssystem für Gefährliche Stoffe

INNENLEBEN

- 18 Lasst uns auch in Zukunft „in Treue fest“ zusammenstehen
- 32 Kommunikation im Blickfeld
- 39 Abschied von bewährten Kräften
- 40 Neues Führungsteam mit Aufgabenagenda

IM GESPRÄCH

- 10 Massiver Verlust von Fachwissen droht

VOR ORT

- 3 Niemals das Erinnern vergessen
- 21 Zeit ist die neue Währung
- 30 Von der Dortmunder Trainerbank in die „Gelbe Wand“

IM AUSLAND

- 17 Niedersächsische Führungskräfte besuchen die GdP in Europas Hauptstadt
- 25 Ein weltweites Team – die vernetzte Polizei der Zukunft

HINTERFRAGT

- 14 Gefährliche Gamerszene?
- 34 Würde sexuell „gebrauchter“ Kinder wird weiter missachtet

-
- 40 Impressum

Klare Kante gegen Spaltung, Hetze und Intoleranz

Von Dietmar Schilff, Landesvorsitzender GdP-Niedersachsen
und stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender



Foto: GdP/Hagen Immel

Am 1. Adventswochenende fand in meiner Heimatstadt Braunschweig der 10. Bundesparteitag der AfD statt – mit einer der größten politischen Gegendemonstrationen, die die Stadt je erlebt hat. Rund 2.000 Einsatzkräfte und eine große Zahl von Versorgungskräften leisteten bei sehr kalten Temperaturen tolle Arbeit. Die Polizeieinsatzleitung hatte eine zutreffende Prognose und Planung durchgeführt, um die angereisten Antifa-Teilnehmer unter Kontrolle zu halten.

Rund 20.000 Menschen demonstrierten am letzten Samstag im November friedlich für Toleranz und Miteinander, gegen Hetze, Intoleranz und Rassismus. Die Versammlungsbehörde der Stadt und die Polizei wurden im Vorfeld, während des Einsatzes und danach von einigen öffentlich verbal angegangen: Sie hätte zu einschränkende Auflagen erlassen, und zu viel Polizei sei vor Ort eingesetzt gewesen. Die AfD wiederum kritisierte, dass sie in ihren Rechten zu sehr eingeschränkt worden sei. Das gesamte Konzept wurde vom Oberverwaltungsgericht

Lüneburg bestätigt. Es war richtig und ist letztendlich auch aufgegangen.

Professionelle Arbeit der Einsatzkräfte

Ich war an diesem Wochenende als Personalrat und Gewerkschafter, aber auch als Unterstützer der Positionen der Demonstration vor Ort unterwegs. Ich führte viele Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen, mit der Einsatzleitung, mit der Politik, mit den Medien, mit Teilnehmenden. Und die GdP

bezog auch medial Stellung. Insgesamt ist festzustellen, dass der Einsatz nicht so friedlich verlaufen wäre, wenn weniger Einsatzkräfte aufgeboden worden wären. Und klar ist auch, dass die Einsatzkräfte eine klare Auffassung zur Stimmungsmache der AfD sowie zum Agitieren von Linksextremen haben – sie lehnen beides ab.

Während in der Halle von AfD-Parteimitgliedern und Vorstandskandidaten wieder für Ausgrenzung und Gegeneinander plädiert wurde, sorgte die Polizei draußen für die Einhaltung unseres Grundgesetzes. Die Kolleginnen und Kollegen machten ihre Arbeit professionell und verdeutlichten, dass sie ebenso wie die GdP jede Form von Extremismus ablehnen. Diese Haltung gilt es in diesen schwierigen Zeiten zu bewahren und zu stärken.

Haltung gegen Scharfmacher

Diejenigen, die wie die AfD tagtäglich als Scharfmacher agieren, müssen damit rechnen, dass andere das so nicht akzeptieren. Denn diese beweisen Haltung und Anstand. Das Echo kommt auch von der Polizei, da sie es ist, die die Auswirkungen von Spaltung und Hetze auf der Straße wieder „ausbaden“ müssen.

Eine Ausstellung der Polizeiakademie Niedersachsen mit dem Titel „Freunde – Helfer – Straßenkämpfer. Die Polizei in der Weimarer Republik“, die vom 6. bis 31. Januar in der niedersächsischen Landesvertretung in Berlin besucht werden kann, macht deutlich, dass es wichtig ist, Stellung zu beziehen und gerade auch die Polizei sich äußern muss. Ein Besuch der Ausstellung ist allemal lohnenswert.

Die Geschichte zeigt: Man darf nicht ruhig bleiben und auch nicht schweigen. Im Gegenteil, man muss aufstehen und klare Kante zeigen gegen Spaltung, Hetze und Intoleranz. Die GdP wird dies selber weiter tun und alle, die sich unter Einhaltung demokratischer Mittel anschließen, unterstützen.



Niemals das Erinnern vergessen

16. Bundesweiter Vorlesetag

Von Martin Meisen

Bisweilen können zwei Stunden Zuhören für einen Schüler der 9. Klasse anstrengend und ermüdend sein, gerade wenn es zielstrebig auf das wohlverdiente Wochenende zugeht. Weit gefehlt, wenn man sich mit der NS-Zeit, Holocaust und der Rolle der Polizei in sogenannten Dritten Reich beschäftigt.



Der Junge auf der Holzkiste. Wie Schindlers Liste mein Leben rettete., Leon Leyson, Marilyn J. Harran, Elizabeth B. Leyson, FISCHER Kinder- und Jugendtaschenbuch, 2015, 224 Seiten, 8,99 Euro, ISBN: 978-3-7335-0048-1

fähig gemacht wurden. An dieser Stelle war die Demokratie schlich zu schwach. Ja, es gab diese Lichtgestalten wie Oskar Schindler oder die Scholl-Geschwister. Aber warum haben die Menschen weggeschaut, warum tat niemand etwas – gegen die Gewalt, gegen das Morden, gegen die Entmenschlichung der „Anderen“ – diese Frage wirft der Protagonist in seinen Schilderungen auf.

Die Polizei unseres Rechtsstaates

Heute, fast 75 Jahre nach Kriegsende, gibt es immer noch Ausgrenzung, Denunzierung und Gewalt. Heute aber können sich die Menschen – egal welcher Couleur oder Herkunft – auf Polizistinnen und Polizisten verlassen, die nach rechtsstaatlichen Prinzipien handeln.

Diese Entwicklung zu einer bürger-nahen Polizei (oder Bürgerpolizei?) ist eine Lehre aus der Vergangenheit und das deutliche Zeichen an die Menschen in diesem Land, dass Polizistinnen und Polizisten für deren Rechte einstehen. Nur können unsere Kolleginnen und Kollegen nicht alles schultern und der Prellblock gesellschaftlicher Risse sein.

Unser Wertegerüst stärken

Es ist unerlässlich in der Gesellschaft, aber auch in der Polizei, eine nachhaltige Erinnerungskultur zu etablieren. Dabei soll es nicht um die Schuldfrage gehen, sondern vielmehr darum, sich mit Entwicklungen in der damaligen Polizei auseinanderzusetzen – wie konnte es nur soweit kommen? Polizeigeschichte muss ein elementarer Bestandteil der Polizeiausbildung sein! So stärken wir unser Wertegerüst, bleiben immun gegen populistische Strömungen und geben den Menschen in diesem Land Sicherheit.

zei. „Die, die nach unserem heutigen Verständnis Recht schützen sollten, haben Selbiges genommen“ war die bittere Gewissheit.

Gräueltaten salonfähig gemacht

Die Polizei war letztlich auch Ausfluss einer ideologisierten Gesellschaft, in der Ausgrenzung, Gewalt und noch andere Gräueltaten salon-

Mit dem Buchtitel „Der Junge auf der Holzkiste – Wie Schindlers Liste mein Leben rettete“ trat ich nun den Schülern gegenüber, um Ihnen aus der niedergeschriebenen Sicht eines Zeitzeugen näher zu bringen, was es bedeutet, denunziert und ausgegrenzt zu werden – bis hin zum Absprechen jeglicher Menschenwürde. Und dabei verschwieg ich auch nicht, dass es sich hierbei nicht nur um deutsche Geschichte handelt, sondern auch um die vermutlich dunkelste Stunde der Poli-



(H), IM UNTERSUCHUNGSVERFAHREN VORGELEGT: IM VORRAUM
NDHAUSES GEFUNDEN.



Mr L. G. G. G. G.
94. Riverside Mansions
Richmond
Surrey

STÜCK (I), IM UNTERSUCHUNGSVERFAHREN VORGELEGT: IM MÜLLEIMER
DEM GOSENSTEIN DER KÜCHE DES WOCHENENDHAUSES GEFUNDEN.



Beweismittel in der deutschen Fallakte von
„Who killed Robert Prentice?“

Foto: Piasecki

SEX

Founded 1909

September 25, 1936

oners n Suss



Mrs. Robert Prentice, die Witwe und Mr. Alan Seagrave, der
beim Verlassen des Gerichtsgebäudes

hervorragender Stellung, der eine
weder durch eigene Hand oder durch
die eines anderen einen gewaltsamen
Tod gefunden hat. Es wird ihre schwie-
ger Tochter sein, die ihnen unterlie-
hen sein, die ihnen unterliehen

Zeuge...
Wann...
wären...
den...
ist...
die...

Wenn erst die Polizei im Spiel ist

Spaß und Spannung zwischen Gut und Böse

Von Prof. Dr. Stefan Piasecki

Das Verbrechen treibt auf der dunklen Seite der Gesellschaft sein Unwesen. Man selbst vermeidet möglichst den Kontakt mit düsteren Machenschaften, beobachtet aber gern Polizei oder Detektive dabei, Kriminelle dingfest zu machen. Andererseits können – seien wir ehrlich – Schurken und Schurkereien durchaus faszinierend sein. Wenn schon nicht in der Realität, dann wenigstens im Spielerischen, oder?

Polizisten sind, so der Filmkritiker Georg Seeßlen, „Menschen, die die Drecksarbeit einer Gesellschaft erledigen, irgendwas zwischen sozialer Müllabfuhr und Elitetrupp der Macht, zwischen Helden des Alltags und ungeliebten Spielverderbern“. Dabei seien sie „wie alle, die hart arbeiten und etwas riskieren müssen im Arbeitsleben“, schlecht bezahlt, wenig angesehen und kaum gesichert. Vor allem gilt: „Die Anwesenheit von Polizei soll Ruhe und Ordnung garantieren, doch löst sie selbst bei durch und durch unschuldigen Menschen Unsicherheit und Unruhe aus.“

schon Unterhaltung und dem Zeigen des Ermittleralltags. Beides hatte jedoch stets konform zu den Vorstellungen und Realitäten des Sozialismus zu erfolgen, der bestimmte Deliktformen nicht zeigen mochte, während andere schlichtweg nicht existiert hatten.

Einen gewissen Realismus in der medialen Darstellung von Polizeiarbeit hatte es auch vorher gegeben, beispielsweise in der Serie „Stahlnetz“, doch die Figur Schimanski brach nicht nur mit Konventionen, vor allem wurden sie verändert. Mit ihr wurden die Erwartungsräume des Publikums geweitet und gespreizt. Und es war

Schimmi

Mit Blick auf die popkulturelle Bedeutung von Polizei und Polizisten ergibt sich aus diesen Spannungsverhältnissen Stoff für Groschenhefte, Romane, Filme und TV-Serien. Diese haben – aus (bundes-)deutscher Sicht – in den vergangenen 40 Jahren eine beachtliche Spannweite erreicht. Götz Georges „Schimanski“ der 1980er-Jahre öffnete das Korsett des deutschen und dienstbeflissenen Beamten der 1960er auf, die wie „Derrick“ oder „Der Alte“ im Leben nur die Pflicht kannten. George zeigte seinen Duisburger Hauptkommissar als Menschen. Nicht nur das, er zeichnete ihn als Teil der Ruhrpott-Schmelztiegel-Gesellschaft, deren Rauheit, aber auch bizarre Herzlichkeit er in der Figur spiegelte.

Bei ihm waren die Ermittlungsmethoden zweitrangig. Gerechtigkeit ging vor, und dabei kämpfte er gegen korrupte Beamte ebenso wie Kapitalisten, Neonazis oder ausländische Fanatiker.

Für die DDR war es der „Polizeiruf 110“, der den Spagat versuchte zwi-



Groschenroman „Mädchenhändler“ (ca. 1910): Zwischen realer Kriminalitätsbelastung und bloßem Voyeurismus

Foto: Piasecki

zunächst nicht einhellige Zustimmung, die einen Ermittler empfindet, der fluchte und soff und rauchte, prügelte und fickte.

Das mediale Böse

Was für die behütete friedensbewegte Realität in Westdeutschland neu war, hatte im Rest der Welt, und auch im Vorkriegsdeutschland, breit gefächerte Vorläufer. Der französische und britische Roman kannten den ermittelnden Polizisten oder Detektiv. Die amerikanische Popkulturproduktion hatte in Hollywood Anfang des 20. Jahrhunderts kaum ihr neues Zentrum gefunden, als über die Leinwände in

den Gaststättenkinos schon Prostitution und der Kampf gegen das Verbrechen flimmerten.

Während die Fiktion auch des aufregendsten Groschenromans bricht, wenn der lesende Blick sich auf die Realität, zum Beispiel die Umgebung in einem Frisiersalon richtet, wirken das bewegte Bild und die dunkle Abgeschottetheit eines Kinos eindringlicher und nachhaltiger. Das Bild vermittelt, erklärt, spitzt zu.

Parallel zum Stumm- und später Tonfilm hatten Krimivielischnreiber wie Edgar Wallace und nicht zuletzt „Radio Plays“ im angelsächsischen Raum die Rolle, die heute TV-Vorabendserien einnehmen. Sie rückten die reale Welt mit ihren Verheißungen und Abgründen noch näher an den Lebensalltag

von Menschen und prägten Weltsicht und Sicherheitsgefühl.

Auch Deutschland kannte das mediale Böse: Die „M“-Filme, geschaffen von Fritz Lang, gehörten zu den Kassenschlagern der Goldenen Zwanziger und bestachen durch ausgefeiltes technisches Spiel von Kamera und Licht, wie auch durch die packende Geschichte eines Multikriminellen, der eine ganze Stadtgesellschaft bedrohte.

Ermitteln von der Couch aus

Eine aufregende, neue Möglichkeit, die Dichte eines Romans zu verlassen und im Schutz der eigenen Wohnung mit den Methoden professioneller Ermittler zu arbeiten, bot der Autor Dennis Wheatley Interessierten ab 1936 an.

Seine Mitmachbücher kamen in Form einer Ermittlungsakte, die angefüllt war mit Zeitungsartikeln, Haarproben, Zeugenaussagen, Papierschnipseln und vielem mehr. Aus all diesen Beweisen und Indizien ergab sich der Hergang eines Verbrechens, doch die Lösung verbarg sich in einem roten Umschlag am Ende des Buches, markiert mit einer Warnung.

Diese Bücher waren sehr erfolgreich. Für die Werke des Engländers wurden zeitweise bis zu 70 Frauen beschäftigt. Sie produzierten die Beweismittel und klebten sie von Hand in jedes Buch.

Eine einzige deutsche Ausgabe erschien kurzzeitig 1938 für den Reichsmark-Preis von 3,60, bis die Reichsschrifttumskammer die Genehmigung zurückzog. Diese Ausgabe dürfte heute zu den seltensten Vertretern dieser frühen Gattung wahrhaft interaktiver Unterhaltung gelten.

Von 1936 bis 1939 erschienen vier verschiedene Ausgaben, die sogar bis in die 1980er-Jahre nachgedruckt wurden, wenngleich die Beweismittel dort nur noch als Bilder eingefügt wurden.

Interaktive Unterhaltung

Das Werk Wheatleys ist aus einem ganz bestimmten Grund bis heute spürbar in dem Medium der interaktiven Kriminalunterhaltung: Die Anordnung fiktiver Fälle mit realem Hintergrund sowie fiktiver, aber realistisch anmutender Beweisstücke findet sich auf exakt diese Weise noch heute in den immer realistischer werdenden Computer- und Videospiele.



Umschlag der deutschen Fallakte von „Who killed Robert Prentice?“

Foto: Piasecki





Originalausgabe des Spiels von 1949.

Fotos (2): Piasecki

Das Gesellschaftsspiel „Cluedo“, erstmals 1949 erschienen, bot ebenfalls anschauliches Beweismaterial wie Tatwaffen, Personenbeschreibungen und den Ort einer Tat, deren Umstände nun eine Gruppe von Spielern gemeinsam lösen musste. Auch „Cluedo“ wird bis heute angeboten und verkauft.

Monochrome Bildröhren

Bald wurde es möglich, das Wheatley-Konzept mit den technischen Möglichkeiten der Computerära zu erweitern. Ab 1979 entwickelten kreative Geister sogenannte Textadventures, interaktive Romane. Hier boten Textbausteine, je nach Fortschritt des Spielers durch die Handlung, neue Beschreibungen oder Handlungsalternativen. Textadventures sprachen zwar die Fantasie an und erlaubten den interaktiven Durchgang durch die Handlung, sie hatten aber einen gravierenden Nachteil – sie vermittelten sich über große, klobige monochrome Bildröhren, die auf ebenso großen und schweren Computergehäusen ruhten. Text wurde auf gering auflösenden Mattscheiben mit 40 oder 80 Zeichen pro Zeile dargestellt.

Die amerikanische Firma Infocom, ein Pionier, und bis heute der prominenteste Vertreter solcher textbasier-ten Unterhaltungsspiele, behalf sich zu diesem Umstand auf die gleiche Weise, wie Wheatley es getan hatte: Sie legten den Spielen umfangreiches Ermittlungsmaterial bei, welches zudem als Hommage an Wheatley und direkte Fortführung seines Konzepts zu verstehen ist.

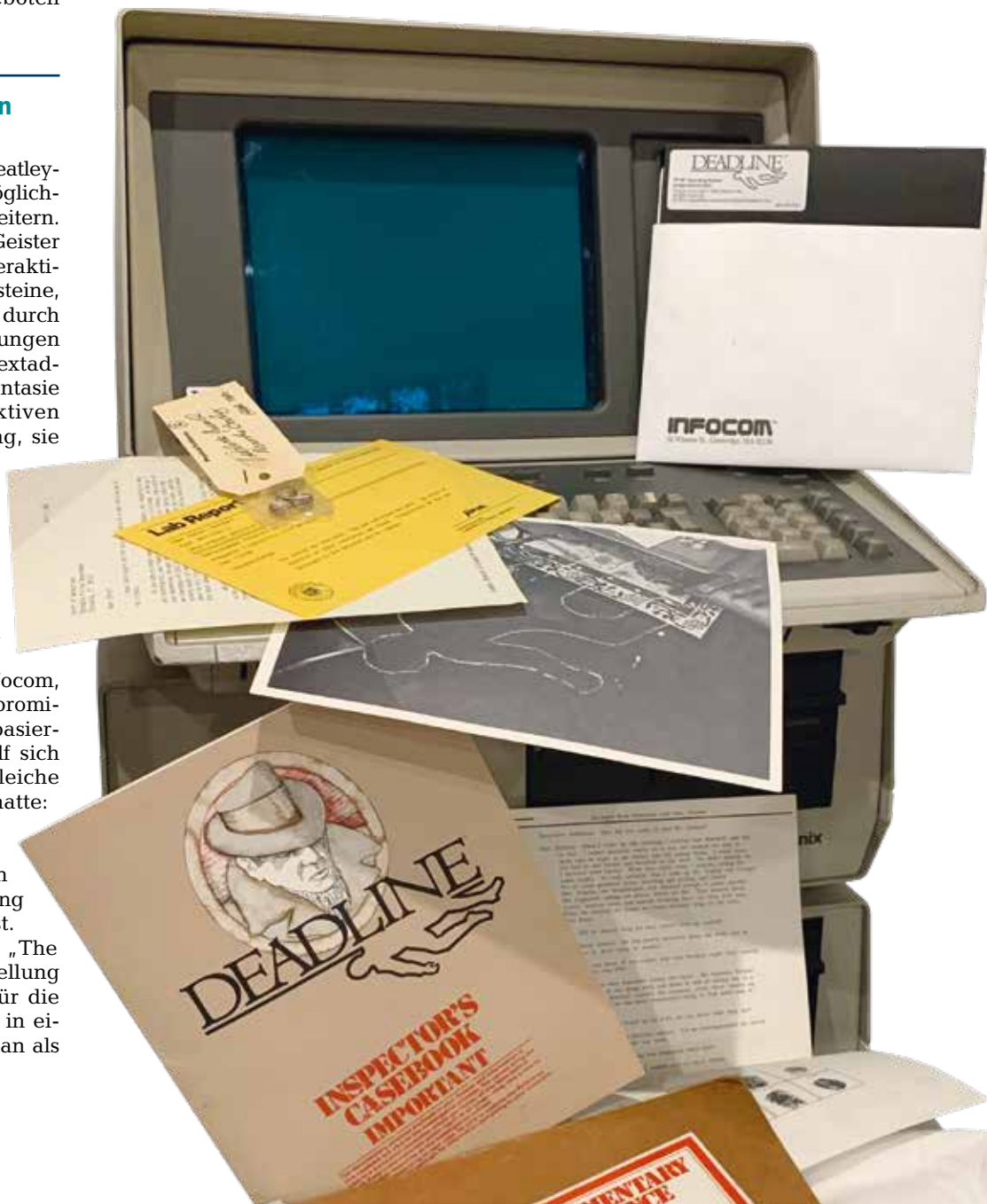
Auf „Deadline“ (1981) folgte „The Witness“ (1983) und die Vorstellung von „Suspect“ (1984) wurde für die Presse mit einer riesigen Party in einem Wohnhaus gefeiert, das man als Tatort umgestaltet hatte.

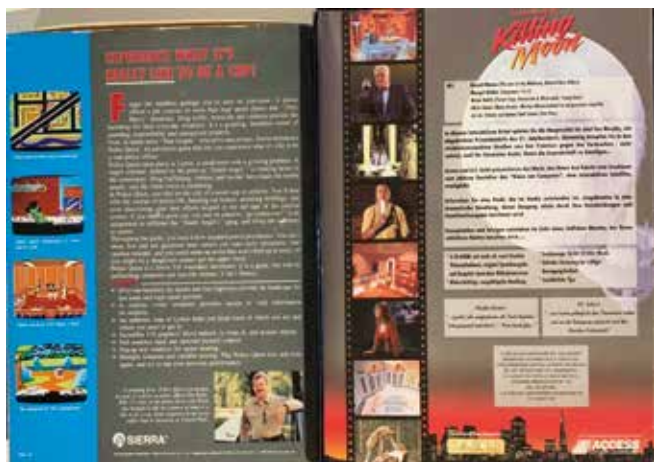
Komplexe Abenteuer

Während Infocom erst sehr spät zur Grafik fand, verbanden andere Firmen wie Trillium oder Sierra Online komplexe Adventures deutlich früher mit Grafik und zudem einer mausgesteuerten Benutzerführung. Trillium setzte mit „Perry Mason“ (1985) eine bekannte Lizenz um, Sierra heuerte einen Polizisten an, um mit „Police Quest“ (1987) ein „realistisches Ermittlungsszenario“ anzubieten. Krisalis ließ in „Hill Street Blues“ (1991) zur gleichnamigen TV-Serie Spieler sogar in einer virtuellen Stadt auf Streife gehen und Verdächtige festnehmen.

Mit dem Vordringen schneller und realistischer 3D-Grafik wiederholte sich die Geschichte: Ebenso wie 1979 waren es zunächst reine Actionspiele wie „Wolfenstein 3D“ oder „Doom“, die den Markt aufrollten und für die Verbreitung von 3D-Grafikkarten sorgten, bevor mit „Under a Killing Moon“ (1994) und dem gerade als Datenträger etablierten CD-ROM-Format das Medium Film und das Medium Grafikadventure in einer neuartigen Ermittlungssimulation zusammenfanden.

Nach mehreren Teilen der Police Quest-Serie im bekannten Format steuerte auch Sierra hier nach und führte die Serie unter dem neuen Titel „Swat“ (1995) in 3D fort. Mit dieser Transformation verlor sich jedoch der Adventurecharakter endgültig, und es





Police Quest (1987), Under a Killing Moon (1994): Ermittlungsarbeit zwischen Pixelklumpen und Videosequenzen.



L.A. Noire (2011): Polizist spielen in einer Lügnersimulation.

Fotos (2): Piasecki

dominierte die Shooter-Action, obwohl man nach wie vor mit dem Versprechen von „Polizeiauthentizität“ warb, da das Spiel eine limitierte Kommunikation mit Protagonisten versprach, die sich aber in der Anwahl vordefinierter Optionen erschöpfte. Die actionorientierte Stilrichtung von Swat wurde bis 2005 beibehalten.

Papier auf die digitale Ebene vollzogen. Alles, was Wheatley und Infocom angeboten haben, findet sich auch hier: Beweisstücke, Zeugenaussagen, sogar Tageszeitungen, deren Artikel wichtige Hinweise enthalten können. Diese müssen aber nicht mehr gelesen werden, sondern vermitteln sich als Spielhandlung in 3D. L.A. Noire stellt eine Hommage an Wheatley ebenso wie an Infocom dar.

denen sich Spieler als „intelligente Schwärme“ beteiligen können, und die so vielleicht sogar einen neuen Ermittlungsansatz erzeugen und Hinweise liefern könnten. Über die rechtlichen und zivilgesellschaftlichen Implikationen solcher interaktiven „Aktenzeichen XY“-Formate müsste man noch sprechen. ■

Frei begehbare Welten

Die technischen Möglichkeiten jeder neuen Konsolengeneration inspirierten die Entwickler aufs Neue und erlaubten größere Spieltiefe und plastischere Darstellungen sowie große und frei begehbare Welten.

Was das konkret bedeutet, zeigen Spiele wie Grand Theft Auto oder L.A. Noire (2011), was aus mindestens zwei Gründen interessante Analysen ermöglicht. Zunächst versprachen die Entwickler Einblick in realistische Verhöre. Die Figuren, die der Spieler als Polizist befragt, verfügen über ein ausgefeiltes Mienenspiel.

Mit der Zeit muss der Spieler eine gewisse Sensibilität dafür entwickeln, ob ein Verdächtiger lügt, die Wahrheit spricht oder sogar jemanden deckt. Spieler müssen daher lernen, nachzuhaken oder ihre Befragungsstrategie verändern. Ebenso wie die frühen Infocom-Adventures bezieht sich L.A. Noire implizit auf Wheatley sowie auch auf Infocom: Wie schon „The Witness“ spielt es im Los Angeles der 1930er-Jahre. L.A. Noire aber hat vollständig den Schritt weg vom

Ist das schon real?

Was bringt die Zukunft? Die ist fast da: Virtual Reality bedarf gegenwärtig noch immer einer klobigen Brille, die man sich aufsetzen muss, um zu spielen. Augmented Reality (erweiterte Realität) vermittelt sich prominent über Pokémon Go, wo künstliche Objekte über die reale Umwelt auf dem Bildschirm eines Smartphones projiziert werden.

Konnektive sowie kooperative Spiele wie „Hidden Agenda“ (2017) für bis zu fünf Spieler inklusive Mobilfon-App lassen den Gemeinschaftsgedanken der Brettspielära aufleben. Sie laufen aber im Hintergrund weiter und informieren die Spieler über SMS oder Nachrichten aus der App heraus und fordern immer wieder Aktionen ein. Dies sind die Gesellschaftsspiele einer mobilen Gesellschaft, die nach wie vor miteinander zusammen agieren und spielen will, aber seltener Zeit und Ort frei vereinbaren kann.

Für die Zukunft denkbar sind anwenderfreundliche reale Fälle, an



DP-Autor Prof. Dr. rer. pol. habil. Stefan Piasecki lehrt an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW (FHöV) Soziologie und Politikwissenschaften. Medien und ihre Einflüsse auf die gesellschaftliche Stabilität gehören zu den Schwerpunkten in seinen sicherheitspolitischen Haupt- und Proseminaren. Er ist Jugendmedienschutzprüfer bei der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) in Wiesbaden sowie Vortragender und Lehrbeauftragter an deutschen und internationalen Universitäten. Foto: privat



Jetzt auch myfone an Bord

GdP-Plus – Eine starke Partnerschaft für Euch



GdP-Plus Partner

Herzlich Willkommen zu einem weiteren neuen Angebot für die Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei im Rahmen unserer GdP-Plus Partnerschaften!

Mit dem GdP-Plus Partner-Programm stellen wir Euch starke Unternehmen vor, die speziell für die Mitglieder der Polizei attraktive Angebote präsentieren.

In der kommenden Zeit werden wir das Angebot sukzessive ausbauen und Euch weitere Partner vorstellen. Namhafte Unternehmen aus unterschiedlichen Branchen werden folgen. Jeder neue Partner präsentiert sich zum Start der Mitgliedschaft im GdP-Plus Partner-Programm in DEUTSCHE POLIZEI und wird Euch regelmäßig über seine Angebote informieren.

Euer Weg zu den Angeboten

Der Weg zu Eurem GdP-Plus Partner-Angebot ist ganz einfach: Auf der Homepage der GdP – www.gdp.de – auf den Reiter GdP-Plus klicken und schon seid Ihr auf der Seite mit der Übersicht unserer Partner.

Wenn Ihr mit der Maus über das Logo eines Partners fahrt, findet Ihr eine kurze Erklärung seines Angebotes. Einfach auf den Link klicken und mit dem Easy-Login anmelden – das Login bekommt Ihr auf der Seite ausführlich erklärt –, schon werdet Ihr zu den besonderen Angeboten des Partners exklusiv für GdP-Mitglieder weitergeleitet.

Wir wünschen Euch viel Spaß beim Stöbern im GdP-Plus Partner-Programm!
Eure GdP

Ein weiterer Partner mit attraktiven Angeboten

Wir freuen uns, mit dem Partner myfone einen weiteren kompetenten und verlässlichen Anbieter aus dem Bereich der Telekommunikation mit einem umfangreichen Angebot der Marken Vodafone und Unitymedia begrüßen zu dürfen.

Laufende Information auf Social-Media-Kanälen

Mit Posts auf den Social-Media-Plattformen Facebook, Instagram und Twitter der GdP Bund halten wir Euch über das GdP-Plus Partner-Programm auf dem Laufenden. Auch deswegen lohnt es sich also, die GdP Bund auf diesen Kanälen zu abonnieren!



Sie finden uns auf Ihrem **GdP-Portal**, unter www.gdp.vorteilsangebote.de und telefonisch unter **0911 / 34 75 53 000**.

Sparen Sie jetzt exklusiv mit myfone bis zu 40% auf Mobilfunk-, Festnetz- und Internettarife

Wir freuen uns Ihnen ab sofort, als offizieller GdP-Plus Partner, rabattierte Tarife von Vodafone und Unitymedia zur Verfügung stellen zu können.

Bestellen Sie direkt in unserem Onlineshop oder via Telefon Ihren Wunschtarif.

Unser geschultes Personal steht Ihnen Montags bis Freitags von 9:00 bis 20:00 Uhr gerne zur Verfügung und hilft Ihnen bei allen Fragen weiter.



GdP-Plus Partner

Massiver Verlust von Fachwissen droht

GdP sucht engagierten Kripo-Nachwuchs



BFA-K-Vorsitzender Lars-German Elsebach im Gespräch mit DP-Redakteur Wolfgang Schönwald.

Foto: Zielasko

Dem Bundesfachausschuss (BFA) Kriminalpolizei brennt vor allem die Nachwuchsgewinnung unter den Nägeln. „Wir brauchen eine Steigerung der Attraktivität des Berufs, um die hohen Anforderungen und die jetzt schon geleistete Qualität der Kriminalistinnen und Kriminalisten halten zu können“, sagt der seit April vergangenen Jahres ins Amt gewählte BFA-Vorsitzende Lars-German Elsebach. Im Interview mit DEUTSCHE POLIZEI (DP) spricht der 46-jährige Kriminaloberkommissar über die größte Berufsvertretung, den ranghöchsten Kriminalbeamten Deutschlands und den vorzeitigen Ruhestand.

DP: Seit Jahren mahnt die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in der Öffentlichkeit fehlende Polizistinnen und Polizisten für die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit an. Der Bereich Kriminalpolizei fällt da in der Wahrnehmung oft ein bisschen hinten herunter.

Lars-German Elsebach: Ganz zu Unrecht. Auch wir beklagen seit Jahren einen massiven Personalabbau. Bundesweit fehlen Tausende Kriminalisten. Junge, unerfahrene Ermittler müssen also in den nächsten Jahren erfahrene Kriminalisten ersetzen. Zudem haben sich Millionen von Überstunden bei der K angehäuft, die aufgrund der großen Auftragslage kaum in Geld und Freizeit abgegolten werden können. Dies führt dazu, dass immer öfter un-

sere Kolleginnen und Kollegen schon ein Jahr vor dem Ruhestand nicht mehr im Dienst erscheinen – ohne Ersatz. Und die Anforderungen durch den Gesetzgeber wachsen ständig. Folglich müssen wir viel stärker für neues Personal trommeln.

DP: Warum werden Kripo-Interessen mit der GdP weniger in Verbindung gebracht?

Elsebach: Die GdP wird vor allem als Vertreter der Schutzpolizei wahrgenommen. Der Grund liegt in der Geschichte unserer Gewerkschaft, die sich viel stärker im Bereich der Schutzpolizei entwickelt hat. Deshalb geht es darum, uns in der Wahrnehmung der Kolleginnen und Kollegen ebenso als Vertretung

der Kriminalpolizei zu positionieren. Sozusagen die Kripomarke mit dem GdP-Stern drauf.

DP: Wie viele Kriminalistinnen und Kriminalisten nebst Tarifbeschäftigte in den K-Dienststellen sind eigentlich in der GdP?

Elsebach: Viele werden das so nicht wissen, und vielleicht ist das auch etwas überraschend, aber die GdP steht bei der Mitgliederzahl an der Spitze der Berufsvertretungen. Mehr als 20.000 Kolleginnen und Kollegen sind bei uns organisiert. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) zählt nach eigenen Angaben 15.000.

DP: Wie sollte die GdP-Offensive aussehen?

Elsebach: Um das Thema Kripo breiter in die Öffentlichkeit zu bringen, gilt es, wie in meinem Landesbezirk Hessen praktiziert, in sogenannten Berufsvertretungsstunden mehr auf künftige Kriminalisten zuzugehen. Aufsteller mit dem GdP-Stern oder einem zivilen Ermittler, unter der Jacke mit einer Dienstmarke, assoziiert beispielsweise Verbundenheit mit





Die Welt hat einiges zu bieten. Genau wie Ihr Konto.

- ✓ Weltweit gebührenfrei¹ Geld abheben mit der kostenlosen Visa Card
- ✓ Attraktive Vorteile für den öffentlichen Dienst
- ✓ Exklusive Vorteilsangebote für GdP-Mitglieder

0,– Euro
Konto²



Jetzt online eröffnen:
www.bbbank.de/gdp

¹ 36 Freiverfügungen am Geldautomaten pro Abrechnungsjahr; jede weitere Verfügung 1,50 Euro. ² Voraussetzungen: Konto mit Gehalts-/Bezügeingang, Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied. 36 Freiverfügungen am Geldautomaten pro Abrechnungsjahr; jede weitere Verfügung 1,50 Euro.





Foto: avtp – stock.adobe.com

dieser Berufsgruppe. Wir brauchen Menschen in der Kripo, die die GdP mit Herzblut vertreten.

DP: Und was kann speziell Studierenden angeboten werden?

Elsebach: Im BFA wurde diskutiert, wie ihnen ein Produkt an die Hand gegeben werden kann, damit sie als Berufseinsteiger sofort loslegen können. Das Ergebnis war eine spezielle Ausgabe des Fachhandbuches vom VDP für die Kripo. Wir müssen auf die Studierenden zugehen, ganz nach dem Spruch „Der Wurm muss dem Fisch schmecken und nicht dem Angler“. Deshalb wäre es ebenso hilfreich, eine eigene Klatte mit dem Aufdruck Kriminalpolizei zu schaffen. Das Ledermäppchen gibt es ja schon, wo sowohl erfahrene als künftige K-Kolleginnen und Kollegen vielleicht auch die Kripomärke einstecken können.

DP: Bei manchen dieser Vorstellungen spielt aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre langer Atem eine Rolle.

Elsebach: Richtig. Aber wir sind hartnäckig. Es muss einfach überall der Anspruch da sein, dass wir als GdP die Kriminalpolizei besser als alle anderen Mitbewerber vertreten. So stehen wir in den Tarifverhandlungen auch an der Seite der K. Wir sind eine tariffähige Gewerkschaft, die beispielsweise Gehälter und soziale Komponenten aushandeln, sowohl für Schutzpolizisten als auch Kriminalisten im Kriminaldauerdienst. Letztlich hat jeder etwas davon, ob mehr Geld oder Freizeit.

DP: Und in den GdP-Reihen ist der ranghöchste Kriminalbeamte Deutschlands ...

Elsebach: ... Genau, der Präsident des Bundeskriminalamtes. Holger Münch hält bei uns Fachvorträge. Es geht generell um die Deutungshoheit, da müssen wir grundsätzlich zulegen. Unsere Kolleginnen und Kollegen, die auf ihren Gebieten Fachleute sind, müssen auch deutlich besser geschult werden.

DP: Da sind wir schon bei einem weiteren Problem.

Elsebach: Die Pensionierungswelle bei der Kriminalpolizei und der damit einhergehende massive Verlust von Fachwissen. Dem müssen wir dringend entgegenwirken. Dazu braucht es, wie bereits erwähnt, eine intensivere frühzeitige kriminalpolizeiliche Spezialisierung.

DP: Das heißt?

Elsebach: Da Tausende Kriminalisten in den nächsten Jahren gehen, brauchen wir dringend Nachwuchs. Wir brauchen Menschen, die kriminalpolitischen Sachverstand erwerben und dort arbeiten wollen. Dazu gehört selbstverständlich auch Enthusiasmus, denn sie verdienen weniger Geld, da meist im Tagesdienst im Einsatz. Wir reden von bis zu 300 Euro. Und die Beförderungschancen bei der K sind im Vergleich zur Schutzpolizei deutlich geringer. Als Gewerkschaft müssen wir jegliche Neidbotschaften zwischen Schutz- und Kriminalpolizei ausräumen.

DP: Du bist wohl das beste Beispiel, dass ein Kriminalist eine ganze Kreisgruppe führen kann.

Elsebach: Das würde ich so unterschreiben. Ich mache einfach meine Arbeit und engagiere mich seit vielen Jahren gewerkschaftlich. Richtig ist, dass ich als Kriminalbeamter im

hessischen Kassel an der Spitze einer der bundesweit größten Kreisgruppen der GdP stehe. Wir zählen rund 1.200 Mitglieder.

DP: Deine Vorstellungen als ehrenamtlicher Gewerkschaftsfunktionär?

Elsebach: Wir sind eine Familie. Es muss bei allen Anstrengungen darum gehen, Erfolge der GdP für die gesamte Polizei zu erreichen, egal ob Schutzpolizist, Kripomann oder Tarifbeschäftigte. Das schreiben wir uns auch in den Tarifrunden auf die Fahne, wenn wir für unsere Kolleginnen und Kollegen auf die Straße gehen. Unsere Tarifangestellten haben ja bekanntlich das Recht, auch zum Arbeitskampf aufzurufen.

DP: Vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte
Wolfgang Schönwald.



Elsebach: „Wer weiß denn schon, dass wir mehr Kripobeamte vertreten als der BDK?“

Foto: Zielasko



Von klassisch bis Outdoor: Israel-Bildungsreisen 2020

Von Sven Hüber

Auch im Jahr 2020 bietet die Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bezirk Bundespolizei, wieder zwei ganz unterschiedlich konzipierte Reisen nach Israel an. Herzlich eingeladen sind alle Kolleginnen und Kollegen der Polizeien von Bund und Ländern und aus dem Zoll sowie deren Partner und Freunde. Die Reisen sind als staatspolitische Bildungsreisen anerkannt, weshalb Bildungsurlaub (Arbeitnehmer) beziehungsweise Sonderurlaub (für Beamte) nach den jeweiligen Vorschriften des Bundes oder des Landes gewährt werden kann.

Vom 19. bis 26. Mai 2020 starten wir – wie seit vielen Jahren – wieder zu unserer GdP-Outdoor-Bildungsreise nach Israel. Draußen in der Natur in allen Regionen Israels übernachten, Interessantes aus Politik, Kultur und Geschichte erfahren und das alles mit spannenden Aktivitäten in spektakulärer Landschaft verbinden – das ist unser Angebot, das es sonst nirgendwo gibt.

Vom 18. bis 27. Oktober 2020 wiederum findet unsere „klassische“ Bildungsreise statt – mit vielfältigen Bildungsangeboten in Tel Aviv, Jerusalem, im Norden und Süden des Landes sowie den Palästinensischen Gebieten, jeweils mit Hotel- beziehungsweise Gästehausunterbringung.

Alle Informationen über die Reisen, (Vor-)Anmeldemöglichkeit und vor



GdP-Outdoor-Gruppe wandert zum Snapping am Toten Meer
Foto: Hüber/GdP

allem die spannenden Reiseberichte der Gruppen der vergangenen Jahre finden Interessierte unter dem Link: israelreise.gdp-bundespolizei.de

Nachfragen auch gern an: israel@gdp-bundespolizei.de

Anzeige

IWA OUTDOOR CLASSICS 2020

High performance in target sports,
nature activities, protecting people

6. – 9.3.2020
NÜRNBERG, GERMANY

NEUES JAHR. NEUE ZIELE.

Die Erfolgsplattform geht in die nächste Runde:
Seien Sie gespannt auf exklusive Neuheiten im New Product Center,
treffen Sie internationale Aussteller und erweitern Sie Ihr Netzwerk
durch wertvolle Kontakte – alles am idealen Ort für mehr Erfolg.
Die IWA OutdoorClassics startet am 06. März 2020. Seien Sie mit dabei.

Jetzt Ticket sichern!
IWA.INFO/EINTRITTSKARTEN

IWA OutdoorClassics
Der ideale Ort für mehr Erfolg

Zutritt nur für Facheinkäufer. Legitimation ist nachzuweisen.

NÜRNBERG MESSE

Gefährliche Gamerszene?

Nach dem Einsamen-Wolf-Terrorismus von Halle

Von Dr. Florian Hartleb



Foto: Parilov – stock.adobe.com

Halle, 9. Oktober 2019: Der 27-jährige Stephan B. zeigte mit seinem Angriff auf eine jüdische Synagoge und der willkürlichen Ermordung von zwei Menschen die Gefährlichkeit des einsamen Wolfs. Als „Einsame Wölfe“ werden Einzeltäter bezeichnet, die agieren, ohne direkt einer Terrororganisation anzugehören und einer Hierarchie unterworfen zu sein. Bei einem Anschlag agieren sie allein, auch wenn sie sich vorher oftmals über das Internet, im virtuellen Raum, radikalisieren.

Das passiert nicht über Nacht. Stephan B. plante seine Bluttat über Monate. Er trug an jenem Tag eine Helmkamera, lud zwei Videos seiner Tat ins Internet auf die Plattform Twitch hoch. Er hinterließ ein Manifest, das seinen Judenhass in den Mittelpunkt stellt. Auch andere Anschlagziele kamen für ihn in Frage, neben der Synagoge, Moscheen oder linksradikale Kulturzentren. B. passt in ein Muster: exzessiver Computerkonsum, Frauenhass und ein Denken in Verschwörungstheorien, hier antisemitisch konnotiert. Kurz gesagt: Der Täter war im realen Leben isoliert, nicht einmal in der örtlichen Kneipe bekannt. In dem Video beschimpfte er sich als Verlierer, als ihm zahlreiche Pannen unterliefen.

Duktus der Gamersprache

Im virtuellen Leben hingegen war B. höchst aktiv. Antisemitismus, radikaler Frauenhass und Feindschaft gegenüber dem Islam waren seine ideologischen Versatzstücke. Ermittler fanden auch nationalsozialistische Materialien auf dem Rechner, etwa Adolf Hitlers „Mein Kampf“. B. wandte sich mit dem merkwürdigen Duktus der Gamersprache an eine Weltöffentlichkeit und orientierte sich an dem Terroristen von Christchurch: Im letzten März ermordete nach jahrelanger Planung und live per Facebook mittels einer Kopfkamera übertragen ein Aus-

traliere in der neuseeländischen Stadt Dutzende Menschen. Der 28-jährige Täter, einst Fitnesstrainer, hinterließ ein 74-seitiges Manifest, in dem ein durchaus reflektiertes Selbstinterview Aufschluss gibt. Er dachte an die Verbreitung seiner kruden Ideen, etwa auf „8chan“. Das ist ein Internetdiskussionsforum, ein Imageboard, wo Nutzer anonym ohne Anmeldung Bilder und Texte posten können. 8chan ist eine Abspaltung des bekannteren „4chan“, nachdem dieses den extremsten Nutzern zu harmlos geworden war. Die Essenz dieser „Troll-Foren“ ist eine Mischung aus offensivem Humor, Grenzüberschreitung und oft auch Menschenfeindlichkeit. Sie haben ganz eigene Codes und Praktiken herausgebildet.

Wie Viren

Wie schon beim Terroristen von Christchurch scheint auch B. fest verankert zu sein in der Welt der Imageboards. 8chan wurde nach der Blut-



HINTERFRAGT

von Christchurch abgeschaltet, geht aber womöglich bald wieder online – unter anderem Namen. Diese Plattformen können als Memefabriken gelten, die nur auf den ersten Blick als unbedenklich erscheinen und als Gag, die „lulz“, wie es online heißt, gelten können. Memes sind Ideen, die sich analog zu Viren selbst verbreiten. Sie stiften nicht nur Identifikation, sind Propaganda und provozieren. Das Video von Christchurch sahen circa 8.000 Menschen live auf Facebook. Bevor die Plattform mit dem Löschen begann, gab es bereits 1,5 Millionen Versionen davon. Auch B. lud sich das Video herunter. Zahlreiche Schülerinnen und Schüler aus Halle bekamen das Video des Täters via Whats-App.

Diabolische Choreographie

Rechtsradikale töten, um eine Gesellschaft nach ihren Maßstäben zu errichten, ohne große Organisation im Hintergrund, sondern autonom

und scheinbar unvorhersehbar. Die Weltöffentlichkeit sieht diese Gefahr spätestens seit dem 22. Juli 2011: Nach jahrelanger Planung ermordete der norwegische Rechtsextremist Anders Behring Breivik nach einer diabolischen Choreographie 77 Menschen, darunter viele Jugendliche. Genau fünf Jahre später, bewusst gewählt, versetzte David Sonboly, ein in München geborener 18-jähriger Deutsch-Iraner, die bayerische Stadt in Angst und Schrecken, als er am Olympiazentrum neun Menschen ermordete.

Das politisch motivierte Engagement der Täter speist sich aus rassistischen Versatzstücken, Überlegenheitsdenken und der gewollten Eliminierung von Menschen. Eines haben sie gemeinsam: Polizeilich waren sie nicht erfasst. Der Täter von Halle mag die Tat allein begangen und geplant haben – somit als klassischer Einzeltäter gelten. Trotzdem: Ideologisch und kulturell ist er Teil einer großen Gemeinschaft von radikalisierten und gefährlichen Internet-Trollen.

Ungehemmte Entwicklung

Die Entwicklung schreitet rasant, scheinbar enthemmt wie ungehemmt voran. Die Spiele werden immer ausgefallener und gewaltverherrlicher. Im Mai 2018 bewarb Steam das Spiel Active-Shooter, in dem ein Schulmassaker simuliert wird. Der Spieler steckt in der Rolle eines Spezialkommando-Mitglieds, das in einer Schule nach einem Schützen sucht. Dann wird die Perspektive des wild um sich schießenden Schützen eingenommen. Der Werbeclip endet mit Bildern von auf dem Boden liegenden Leichen. Die Zahl der getöteten Zivilisten wird dabei mitgezählt.

Simulation von Massenmorden

Brisant ist das auch deshalb, weil erst im März bekannt wurde, dass es auf Steam 173 Nutzer-Gruppen gibt, die frank und frei School-Shootings

Anzeige

ENFORCE TAC

INTERNATIONAL EXHIBITION & CONFERENCE
LAW ENFORCEMENT | TACTICAL SOLUTIONS | HOMELAND SECURITY

4. - 5.3.2020
NÜRNBERG, GERMANY
ENFORCETAC.COM

IHR EINSATZ. IHRE AUSTRÜSTUNG.

Konferenzpartner

NÜRNBERG MESSE

PID
POLIZEIINSTRUMENTE IN DEUTSCHLAND

blz
BAYERISCHES LASERZENTRUM

Nur für Sicherheitsbehörden,
Legitimation ist nachzuweisen.

UTSEC
2020 by Enforce Tac

Summit for Drones,
Unmanned Technologies
& Security.





DP-Autor Dr. Florian Hartleb. Foto: privat

preisen. Nach immensen Protesten hat man die realitätsnahe Simulation nun offenbar zurückgezogen. Heißen muss das gleichwohl nicht viel. Hatred, eine andere Simulation von Massenmorden an unschuldigen Zivilisten, wurde erst entfernt und dann wieder eingestellt. Es bestehen erhebliche Zweifel, ob die Spielindustrie trotz zahlreicher School-Shootings eine Kehrtwendung vollziehen will und kann. Die Kommerzinteressen stehen über lästigen ethischen Debatten, die angesichts der zahlreichen Vorfälle – gerade in den USA – eigentlich notwendig wären. Man könnte sogar vermuten, dass die ohnehin einsetzende Glorifizierung von School-Shootings in der „Community“ dazu genutzt wird, die Gewinnmargen nach oben zu treiben. Auf Steam tummeln sich schwarze Schafe, die offenbar unbehelligt halböffentliche extremistische Foren gründen, Voice- und Textnachrichten verschicken und unter dem Radar von Sicherheitsbehörden kommunizieren sowie Gewaltfantasien teilen. Mittlerweile lässt sich nicht mehr von einem Irrläufer sprechen, da sich gezielt Gleichgesinnte zusammenfinden und vernetzen.

Grassierende Holocaustleugnung

Sonboly war über das Forum „Anti-Refugee-Club“ auf Steam mit Gleichgesinnten weltweit vernetzt. Der Anti-Refugee-Club warnte vor einer muslimischen Invasion in Europa und Deutschland und hatte zum Zeitpunkt der Tat 261 Mitglieder. Die Gruppe gründete sich offenbar als Reaktion auf die Silvesternacht in Köln 2015/16. Im Club waren zahlreiche potenzielle Massenmörder aktiv, etwa der Moderator der Gruppe William Atchison. Im realen Leben wären zahlreiche der gemachten Äußerungen strafbar, so die

dort grassierende Holocaustleugnung und dies in Verbindung mit der feindlichen Haltung gegenüber Flüchtlingen („damals habt ihr Deutschen es auch hinbekommen“). Es gab ein Gruppenmitglied, das sich „Gruppenführer SS“ nannte oder ein Kommentar mit der Überschrift „Viertes Reich, wann.“ Der US-Amerikaner, der viele Accounts hatte und diverse Foren administrierte, sorgte für Sonboly's Eintrag in eine virtuelle Ahnengalerie von rechten Attentätern. Der Club bestand bis September 2017 weiter, also lange nach dem Fanal von München. Im Dezember beging Atchison dann selbst in New Mexiko ein Schulattentat und richtete sich anschließend selbst. Bereits im Januar 2010 beschwerte sich ein Spieler in einem deutschen Forum über die Verbreitung zahlreicher Hassgruppen: „Liebe Gamestar! Mir ist des Öfteren mal aufgefallen, dass sich im Steam diverse Gruppen tummeln, die zweifelhaft Namen haben beziehungsweise fragwürdige Texte posten oder sogar eindeutig rassistische Aussagen treffen.“

Strafe bis zu 50 Millionen Euro

In Deutschland ist Anfang 2018 das sogenannte Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) in Kraft getreten. Es schreibt vor, dass Online-Plattformen wie Facebook klar strafbare Inhalte binnen 24 Stunden nach einem Hinweis löschen müssen. In weniger eindeutigen Fällen haben sie eine Woche Zeit. Bei Verstößen drohen Strafen von bis zu 50 Millionen Euro. Wenn die Netzwerke nicht schnell genug reagieren, können sich die User beim Bundesamt für Justiz beschweren. Computer- und Videospiele fallen aber nicht unter das Gesetz, weshalb die Wirksamkeit begrenzt sein dürfte. Offenbar hat es die Lobby der Spielindustrie geschafft, dass Online-Spiele von diesem ersten Gesetzesentwurf ausgenommen sind. Der Fokus auf Facebook und Twitter wirkt angesichts der aktuellen Bedrohungslage ohnehin antiquiert. Somit bleibt das NetzDG eine stumpfe Waffe. Die Gamer haben offenbar eine große Lobby. Das zeigt sich auch nach Halle. Digitalstaatsministerin Dorothee Bär (CSU) kritisierte den Vorstoß ihres Parteifreundes, Bundesinnenminister Horst Seehofer, die Gamerszene ins Visier nehmen zu wollen.

Die interfraktionelle Bundestagsparlamentsgruppe eSports & Gaming positionierte sich kürzlich in einer ge-

meinsamen Erklärung klar gegen Behauptungen, die eine grundsätzliche Affinität zwischen Gaming und rechts-extremen Gefährdern suggerieren. Ihr Vorsitzender Manuel Höferling (FDP) wehrte sich in einem Gastbeitrag im Politmagazin „Cicero“ dagegen, solche Zusammenhänge zu konstruieren.

Der von den Innenministern beschlossene 9-Punkte-Plan spricht lediglich davon, dass Anbieter von Internetdiensten verpflichtet werden sollen, vor allem bei Morddrohungen und Volksverhetzung die betreffenden Inhalte sowie die IP-Adressen der Urheber einer neu zu errichtenden Zentralstelle beim Bundeskriminalamt (BKA) zu melden. Verge, der Betreiber von Steam, sitzt ohnehin in den USA.

Vehikel zur Radikalisierung?

Auch die Branche selbst ignoriert die politische Bedrohungslage. Felix Falk, Geschäftsführer von GAME, der Verband der deutschen Videospielebranche, sieht keine Gefahr dafür, dass Spiele ungewollt zum Vehikel für Radikalisierung werden. Beim Austausch der Spieler untereinander handle es sich um Absprachen, nicht um politische Debatten, zitiert in „Die Welt“. Außerdem gebe es nur wenige Spiele, in denen man einander schreiben könne. Und bei denen würde die Kommunikation „in der Regel durch Moderatoren begleitet und kontrolliert.“ Auf konkrete Nachfragen hin zu den Enthüllungen um Sonboly bekräftigte Falk in einer E-Mail seiner Öffentlichkeitsarbeit, dass auf Steam keine „für die Bevölkerung meinungsrelevanten Debatten stattfinden“ würden.

Gamerszene verstehen

Die verantwortungslose Haltung der Spielindustrie, die das Vorkommen von Rassismus leugnet und in ihren Foren keine für die Gesellschaft relevanten Debatten zu erkennen meint, tut ein Übriges. Das Ignorieren einer gefährlichen Vernetzung auf scheinbar harmlosen Spieleplattformen ist ebenso gefährlich wie die scheinbar gewollte Entpolitisierung der Attacken von Einsamen Wölfen nach dem Motto: „Es soll nicht sein, was nicht sein darf.“ Dabei müssen sich die Landeskriminalämter dringend modernisieren und junge Ermittler einsetzen, die eben auch die Gamerszene verstehen. ■



Niedersächsische Führungskräfte besuchen die GdP in Europas Hauptstadt

Von Jörg Bruchmüller,
Leiter des GdP-Europabüros
Brüssel

Julian Rabe, Referent für Innenpolitik der Europa-Landesvertretung Niedersachsen, begleitete den Leiter für Kriminalitätsbekämpfung im niedersächsischen Landespolizeipräsidium, Dirk Pejril, und den Vizepräsident des niedersächsischen Landesamtes für Statistik, Heiko Irps, zu einem Brüssel-Besuch im GdP-Europabüro in der dortigen Hessischen Landesvertretung. Im Rahmen ihrer weiterführenden EU-Qualifikationen waren die niedersächsischen Führungskräfte interessiert an der GdP-Lobby-Arbeit vor Ort.



(v.l.n.r.): Jan Schonebeck (Innenrefent HLV), Jörg Bruchmüller, Heiko Irps, Dirk Pejril und Julian Rabe (Innenreferent NLV)

Foto: Claus-Peter Appel

Erläutert wurden anhand aktueller Themenfelder wie dem Gesetzgebungsverfahren der elektronischen Beweismittelsicherung (e-evidence) sowie der Vorratsdatenspeicherung die Herausforderungen für eine effektivere Verbrechensbekämpfung.

Aber auch die Schwierigkeiten der Harmonisierung polizeilicher IT-Systeme auf nationaler und internationaler

Ebene waren ausführlicher Gesprächsstoff. Verwiesen wurde zudem auf die gut besuchten GdP-Veranstaltungen in der Hessischen Landesvertretung (HLV) und die bereits geplante Jahresveranstaltung im Oktober 2020, bei der finanzpolizeiliche Ermittlungen, Geldwäsche, Vermögensabschöpfung und die Beweislastumkehr im Mittelpunkt stehen werden. ■

Anzeige

Unser Willkommensangebot



Sparen Sie **bis zu 40 %** auf unsere Mobilfunk-, DSL- und Kabelangebote von **Vodafone** und **Unitymedia**.

Nur im Januar – doppelt abstauben:

Zu jeder Bestellung schenken wir Ihnen einen 25 € Amazon Gutschein!

Geben Sie bei Ihrer Bestellung den Promo-Code „GdP2020“ an und erhalten Sie einen 25 € Amazon Gutschein zu jeder Bestellung gratis dazu.

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Website gdp.vorteilsangebote.de



Lasst uns auch in Zukunft „in Treue fest“ zusammenstehen

70 Jahre GdP Niedersachsen

Von Angela Sielaff



Gratulation von der niedersächsischen Landesspitze (v.l.n.r.): Innenminister Boris Pistorius, GdP-Landesvorsitzender Dietmar Schilff, Ministerpräsident Stephan Weil und GdP-Chef Oliver Malchow. Foto: Philipp Mantke

In sieben Jahrzehnten hat sich vieles ereignet, Positives und Negatives, Trauriges und Schönes. Viele Menschen haben sich in dieser Zeit engagiert, miteinander gearbeitet, Staffelstäbe übergeben, Zöpfe abgeschnitten und das Künftige im Blick gehabt. Zeit also, in festlichem Rahmen Revue passieren zu lassen: Herzlichen Glückwunsch der GdP Niedersachsen zum 70.

Mit rund 350 geladenen Gästen aus Gewerkschaft, Polizei, Politik und Gesellschaft hat der GdP-Landesbezirk Niedersachsen am 29. Oktober 2019 in Hannover sein 70-jähriges Bestehen gefeiert. Im Mittelpunkt stand dabei der Blick in die Geschichte der Gewerkschaft sowie deren Bedeutung für die Gegenwart und die Zukunft.

Fester Bestandteil unserer freiheitlichen Demokratie

Musikalisch umrahmt wurde der Festakt von der Jazz-Combo des Polizeiorchesters Niedersachsen. Durchs

Programme führte der stellvertretende Landesvorsitzende Jörg Mildahn. Er bat zunächst den Historiker Dr. Dirk Götting vom niedersächsischen Polizeimuseum auf die Bühne. Götting erinnerte an den Mut und die Weitsicht der Vorkämpfer und Wegbereiter, die sich „in Treue fest“ zur freiheitlich-demokratischen Verfassung stellten und sich dafür eingesetzt hätten, „dass es heute freie Polizeigewerkschaften geben kann – dass es unsere GdP gibt“.

Nach dem Zweiten Weltkrieg sei es August Henn, ein Mann aus Hannover, gewesen, der sich bei den Alliierten für die Neugründung seiner Polizeigewerkschaft verwendete. Es dauerte jedoch bis 1949, bis der „Bund der Polizeibeamten“ des Landes Nie-

dersachsen gegründet werden konnte und dieser wenig später in eine Gewerkschaft umgeformt werden durfte. „August Henns Wunsch ist Realität geworden – wir die Polizei, sind ein fester Bestandteil unserer freiheitlichen Demokratie. Die Polizei ist die staatliche Institution, der die Bürgerinnen und Bürger hier in Niedersachsen ihr größtes Vertrauen entgegenbringen. Und damit das so bleibt, lasst uns auch in Zukunft ‚in Treue fest‘ zusammenstehen“, appellierte Götting.

Kümmern uns um die kleinste Sorge

Die Grüße der Stadt Hannover überbrachte Bürgermeister Thomas Hermann. Er wünschte der GdP eine erfolgreiche Fortsetzung ihrer Arbeit. Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) drückte seine Hochachtung vor dem Polizeiberuf aus und verurteilte tätliche Angriffe. Die GdP habe er immer



als „starken, kompetenten, konfliktbereiten Partner“ wahrgenommen. Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow versprach: „So wie vor 70 Jahren hat die GdP auch heute den Anspruch, als Sprachrohr der Polizeibesetzten zu fungieren. Wir kümmern uns um die kleinste Sorge, und wir werfen uns ins Zeug für das Große und Ganze, insbesondere für weitere Verbesserungen im Arbeitsalltag.“

Deutlich Position beziehen

In seiner Festrede dankte der GdP-Landeschef Dietmar Schilff allen Kolleginnen und Kollegen für ihr außergewöhnliches ehrenamtliches Engagement in der GdP. Den Gründungsmitgliedern, von denen acht zum Festakt angereist waren, galt sein besonderer Dank. Ihr Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und zum Grundgesetz sowie die klare Abgrenzung zu allen radikalen Kräften seien auch heute und in Zukunft wichtig. Schilff betonte: „Wir als GdP werden auch weiterhin unseren Teil dazu beitragen, dass die Polizei und der öffentliche Dienst widerstandsfähig gegen rechtspopulistische und rechts-extreme Argumente bleiben. Jede und jeder Einzelne ist gefordert, deutlich Position zu beziehen, außerhalb aber insbesondere innerhalb der Organisation. Ich sage unmissverständlich: Menschen, die rechtsextremes Gedankengut haben, oder damit sympathisieren, haben in der Polizei und in der GdP nichts verloren.“



Festliche Atmosphäre in Hannover.

Foto: Philipp Mantke

Großer Coup der GdP

In einem Dialog stellten sich Horst-Udo Ahlers, Landesvorsitzender der GdP Niedersachsen von 1981 bis 1994, und der amtierende GdP-Landesjugendvorsitzende Marcel Szpadzinski den Fragen von Landesvize Kevin Komolka. Sie betrachteten darin die gewerkschaftliche Arbeit aus den Blickwinkeln „Gestern“ und „Morgen“. Ahlers berichtete, wie in Gesprächen deutlich gemacht werden konnte, dass Maschinengewehre und Handgranaten keine zeitgemäße Ausstattung für die Polizei mehr sind – und schließlich Mitte der 1970er-Jahre abgeschafft wurden. Er erzählte vom Beginn der großen

Protestwelle in den 1980er-Jahren und gab auf spannende und heitere Weise zum Besten, wie es zur zweigeteilten Laufbahn in Niedersachsen kam – damals ein großer Coup der GdP mit bundesweiter Beachtung.

Im selben Festsaal, auf den Tag genau im Jahr 1992, habe der damalige Innenminister Gerhard Glogowski erzählt, er sei auf dem Kilimandscharo gewesen, von wo aus er Europa und auf einmal Hannover gesehen habe, und die GdP – und da habe er gedacht: „Warum machen wir das eigentlich nicht mit der zweigeteilten Laufbahn?“. Marcel Szpadzinski erläuterte als Vertreter der jungen Generation seine Vorstellungen von künftiger Polizei- und Gewerkschaftsarbeit. Demnach gingen alle Kolleginnen und Kollegen bestens geschützt in jede Einsatzlage, ohne Angst um die eigene Gesundheit und das Leben zu haben. Die Bedrohungslagen würden weniger. Der Protest der Zukunft werde anders sein, vielleicht mehr über digitale Medien gesteuert.



Urgesteine der GdP-Niedersachsen herzlich begrüßt.

Foto: Uwe Robra

70-jährige Treue zur GdP

Besonderer Höhepunkt der Feierlichkeiten war die Ehrung von acht Mitgliedern, die seit 70 Jahren der GdP treu geblieben sind. Einer von ihnen feierte am selben Tag seinen 95. Geburtstag. Der Geschäftsführende Landesvorstand überreichte Ehrennadeln, Urkunden sowie jeweils einen Präsentkorb – und auch Innenminister Boris Pistorius ließ es sich nicht nehmen, den Jubilaren persönlich zu danken und zu gratulieren. ■



Bildungsreise Israel: Viele Highlights und neue Ziele

Für Kurzentschlossene

Von Katrin Braune



Die Skyline von Tel Aviv.

Foto: Fabrice – stock.adobe.com

Nach der 2016 gelungenen Premiere lädt der GdP-Bezirk Bundeskriminalamt (BKA) Mitte April zur nunmehr dritten Bildungsreise nach Israel ein. Manchmal werden Wünsche erfüllt, und so wird die nächste Reise nun noch einen Tag länger und somit 14 Tage dauern. Aber auch diese „Nachspielzeit“ wird wohl für alles Sehens- und Erlebenswerte wieder nicht ausreichen.

Was steht an ...

Erlebnisse in allen Himmelsrichtungen: Tel Aviv, Negev-Wüste und Totes Meer bis zu den Golanhöhen sind unsere groben Landmarken. Die politische Bildung steht zwar im Vordergrund, aber auch Natur, Kultur und die Geschichte von Land und Leuten kommen nicht zu kurz. Ein engagierter Reiseleiter sowie ein erfahrener Buschauffeur begleiten die etwa 30-köpfige Gruppe. Die Reise wird bei den israelischen

Sicherheitsbehörden vorab angemeldet, sodass erneut für die bestmögliche Sicherheit Vorsorge getroffen wird.

Wie läuft es ...

Wir fliegen am 26. April von Berlin-Tegel mit Turkish Airlines und einem kurzen Zwischenstopp in Istanbul nach Tel Aviv, wo wir am Nachmittag landen. Am 9. Mai geht es wieder nach Tegel zurück. Der Teilnehmerpreis beträgt 2.235 Euro (für fast alles inklusive).

Unser Israel-Besuch ist als staatspolitische Bildungsreise bereits von der Bundeszentrale für politische Bildung genehmigt (wichtig für Bildungsurlaub beziehungsweise Sonderurlaub nach SUrLV) und gegebenenfalls steuerlich absetzbar.

Wo finde ich mehr ...

Ein Formular zur verbindlichen Anmeldung und die Reisebedingungen sind online auf den Internetseiten der GdP BKA unter „Aktuelles/Termine“ zu finden. Die Vergabe der Plätze erfolgt nach der Reihenfolge der Anmeldungen. Diejenigen, die bereits auf der Voranmeldeliste standen, werden vorrangig berücksichtigt. Nach der Anmeldung erfolgt in jedem Fall eine schriftliche Bestätigung.

Bei Fragen oder Problemen stehen Katrin Braune ebenso wie der israelische Reiseleiter Yalon gern zur Verfügung, und wir werden uns bemühen, alle Anfragen so schnell wie möglich zu beantworten.

Kurz und knapp

Anmeldungen bitte bis **31. Januar** an **Katrin.Braune.GPR@bstu.bund.de** oder telefonisch 030/23 24 80 24. ■



Negev Wüste.

Foto: Mazur Travel – stock.adobe.com



Zeit ist die neue Währung



Den Goldpreis hat der PPHR des Landes Schleswig-Holstein gewonnen. Dem PPHR-Vorsitzenden, Andreas Kropius (m.), gratulierten GdP-Landeschef Torsten Jäger und sein Vorstandskollege Thomas Gründemann (r.).
Foto: Simone M. Neumann

Die Wochenarbeitszeit selbst bestimmen, Schichtpläne gut gestalten, der mobilen Arbeit gesunde Grenzen setzen, Arbeitszeit an unterschiedliche Lebensphasen anpassen, Mehrarbeit von Lehrkräften reduzieren: Mit diesen und weiteren Themen befassten sich knapp 400 Personalräte, Gäste von Gewerkschaften und aus der Wissenschaft auf dem Schöneberger Forum Mitte November in Berlin. Die Fachtagung für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes wird jährlich vom DGB Bildungswerk Bund in Kooperation mit dem DGB veranstaltet.

Wenn im August die Jahresarbeitszeit erfüllt ist

Der öffentliche Dienst hat ein massives Problem: Zu wenig Personal muss zu viel Arbeit meistern. Besonders anschaulich beschrieb das auf dem diesjährigen Schöneberger Forum GdP-Vize Jörg Radek: „Es gibt Polizeidienststellen, da haben die Beschäftigten im August die Jahresarbeitszeit erfüllt.“ Die repräsentative ver.di-Arbeitszeitumfrage für den öffentlichen Dienst zeichnet ein ähnliches Bild. Demnach machen 52,4 Prozent der Befragten Überstunden, weil die Arbeit in der vereinbarten Zeit nicht zu schaffen ist. 47,6 Prozent gaben zu wenig Personal als Grund dafür an. Der Personalmangel und die Arbeitsverdichtung waren dann auch die beiden Leitplanken, zwischen denen das Thema der diesjährigen Fachtagung mit dem Titel „Planbarkeit, Selbstbestimmung, Entlastung! Arbeitszeit im öffentlichen Dienst neu gestalten“ diskutiert wurde.

Zum Auftakt formulierte Elke Hanneck, stellvertretende DGB-Vorsitzende, ein zentrales gewerkschaftliches Anliegen: „Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften wollen der Arbeit ein gesundes Maß geben. Zugegebenermaßen, die Arbeitszeitwünsche der Beschäftigten sind so vielfältig wie die Bedingungen, in welchen sie leben. Die Anforderungen, die sie an ihre Arbeitszeit stellen, sind daher ebenso verschieden.“ Teilweise setze der Beruf ein relativ starres Arbeitszeitkorsett – beispielsweise bei Polizei, Feuerwehr und im Krankenhaus. Teilweise genügte die bestehenden Möglichkeiten, die Arbeitszeit zu gestalten, nicht mehr den Lebensrealitäten. Diesen Eindruck bestätigten sodann auch die Diskussionen in den fünf Fachforen.

Zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Dauer und Lage der Arbeitszeit sollten völlig individualisiert werden, müssten also für die Beschäftigten frei

und flexibel wählbar sein. Das der Wunsch nicht weniger Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Insbesondere die jüngere Generation wünsche sich mehr Flexibilität. Dies dürfe aber keine Abkehr vom Vollzeitmodell mit sich bringen, so wiederum einige Mahner. Schließlich bringe eine Teilzeitbeschäftigung nicht unerhebliche persönliche Nachteile – geringere Renten- und Versorgungsansprüche, schlechtere Karrierechancen, et cetera – sowie personalpolitische Gefahren mit sich. Solche bestünden insbesondere in Bezug auf die Umverteilung von zu erledigenden Aufgaben. Dass die Fülle an Arbeit durch das vorhandene Personal nur schwer bewältigt werden kann, würde durch flexible Arbeitszeitmodelle noch verstärkt. Die Handlungsmöglichkeiten der Personalräte seien dementsprechend beschränkt. Doch es gebe Wege: Arbeitszeit in die gesetzlich verpflichtende flächendeckende Gefährdungsbeurteilung einbeziehen, Schichtpläne gesunderhaltend gestalten, Mitarbeiterbefragungen durchführen. Beharrlichkeit sei nötig und oftmals zielführend.

Kulturwandel nötig

Referierende und Teilnehmende konstatierten einen dringend benötigten Kulturwandel in den Dienststellen. Meist würden hier Herausforderungen nicht lösungs- sondern aufwandsorientiert diskutiert. Noch immer fehle es vielen Dienstherren und Arbeitgebern an Wertschätzung gegenüber den Beschäftigten. Belastungen würden nicht ernst genommen, so lange es „nicht richtig brenne“. Es brauche eine vorausschauende Personalentwicklungsstrategie sowie präventiv wirkende Arbeitszeitpolitik. Eine selbstfinanzierte Arbeitszeitreduktion, um den Stress bei der Arbeit besser bewältigen zu können, sei hingegen nicht die Lösung.

Blick über den Tellerrand

In der Tarifpolitik einiger Gewerkschaften zeichnet sich ein solcher Kulturwandel ab. Der EVG-Vorsitzende Torsten Westphal stellte das EVG-Wahlmodell vor, bei welchem





Familienfoto von Preisträgern und Gratulanten.

die Beschäftigten der DB AG alle zwei Jahre zwischen mehr Geld, mehr Urlaub oder einer Arbeitszeitverkürzung wählen können. Und auch die IG Metall setzt auf ein kollektives Wahlmodell. So bekommen Beschäftigte der Metall- und Elektroindustrie ein jährliches tarifliches Zusatzgeld von 27,5 Prozent eines Monatsentgelts, wobei jene mit Kindern bis zum 8. Lebensjahr, mit pflegebedürftigen Angehörigen oder in Schichtarbeit Tätige stattdessen auch acht zusätzliche Urlaubstage wählen können. Der Trend geht zu kollektiven Wahlmodellen mit individuellen Ansprüchen. Zeit ist die neue Währung.

Preisträger des Deutschen Personalräte-Preises

Die Gestaltung der Arbeitszeit hatten sich auch die Goldpreisträger des diesjährigen Deutschen Personalrä-

te-Preises zum Ziel gesetzt. Der Preis ist eine Initiative der Fachzeitschrift „Der Personalrat“. Mit ihm werden im Rahmen des Schöneberger Forums engagierte Gremien für herausragende Projekte ausgezeichnet. Der Hauptpersonalrat der Polizei Schleswig-Holstein konnte unter anderem erreichen, dass für langjährig schichtdienstleistende BeamtenInnen die regelmäßige Wochenarbeitszeit stufenweise von 41 Stunden auf maximal 36 Stunden reduziert wird.

Und erstmals wurde in diesem Jahr ein Sonderpreis für Schwerbehindertenvertretungen vergeben. Diesen erhielt die Hauptschwerbehindertenvertretung der Polizei Nordrhein-Westfalen für ihren Einsatz zur Inklusion behinderter Beschäftigter.

Informationen zu den Teilnahmebedingungen für den Deutschen Personalräte-Preis 2020 finden Interessierte unter:

www.bund-verlag.de/personalrat/deutscher-personalraete-preis



Der Sonderpreis Schwerbehindertenvertretung ging an die Haupt-Schwerbehindertenvertretung der Polizei Nordrhein-Westfalen (v.l.n.r.): Uwe Herrenbrück und Erika Ullmann-Biller. Es gratulierte GdP-Vize Jörg Radek.

Fotos (2): Simone M. Neumann

Schöneberger Forum 2020

Im kommenden Jahr wird die Tagung am 11. und 12. November in Berlin unter dem Motto „30 Jahre gemeinsamer öffentlicher Dienst – Wo stehen wir, wo wollen wir hin?“ stehen. Nach Wiedervereinigung, Föderalismusreform und Schuldenbremse ist es Zeit für eine Bestandsaufnahme. Fehlendes Personal, Digitalisierungsdruck und Arbeitsverdichtung: Der Berg an Herausforderungen, vor denen Personalräte und Gewerkschaften stehen, wächst. Wir diskutieren, welche Arbeitsbedingungen Gute Arbeit im öffentlichen Dienst dennoch ermöglichen.

Artikel im Magazin für Beamtinnen und Beamte des DGB (Ausgabe 11-12/2019) erschienen

Anzeige

THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**. Inzahlungnahme möglich.

Informieren Sie sich!

Telefon: (02207) 76 77

www.fahrzeugkauf.com

Anzeige

Ermittler zur Überprüfung von Einrichtungen auf Einhaltung glücksspieler. Regelungen gesucht. Schulung erfolgt.

Zuschriften unter Chiffre 334685-001 an VDP, Postfach 309, 40703 Hilden



Verkürzung der Wochenarbeitszeit für langjährig Schichtdienstleistende

Von Thomas Gründemann,
Landesbezirk Schleswig-Holstein

Langmut und kontinuierliche Arbeit von mehr als sieben Jahren waren notwendig, bis wesentliche Ergebnisse zur Entlastung erreicht wurden: Dienstvereinbarungen und Wochenarbeitszeitverkürzungen für die im Schichtdienst tätigen Kolleginnen und Kollegen der Landespolizei Schleswig-Holstein kamen dabei heraus.

Den entscheidenden Anstoß gab die Gewerkschaft der Polizei (GdP) bereits im November 2014. „Damit unsere Polizei auch zukünftig einsatzfähig bleibt!“ lautete der Titel einer öffentlichkeitswirksamen Konferenz zur Belastung der hiesigen Polizei. Über 100 Polizeikolleginnen und -kollegen aus allen Teilen des Landes waren zur Tagung in Bad Bramstedt gekommen. Immer wieder waren zuvor der Hauptpersonalrat der Polizei und die GdP in Schleswig-Holstein mit den vielfältigen und hohen Belastungen sowie der Unzufriedenheit in der Kollegenschaft konfrontiert worden. Und diese Belastungen hatten sich auch merklich in einem hohen und sogar steigenden Krankenstand niederschlagen.

Belastungen kompensieren

Die erschreckenden Ergebnisse dieser Konferenz bestärkten den Hauptpersonalrat der Polizei, der über viele Jahre legislaturübergreifend an Ideen und der konkreten Umsetzung zur Belastungskompensation und Gesundheitsförderung arbeitete. Die Belas-

tungen für die besonders betroffenen Kolleginnen und Kollegen sollten reduziert und der Krankenstand gesenkt werden. Hierbei galt es, Politik, Polizeiführung sowie sehr unterschiedliche örtliche Personalräte und vor allem möglichst viele Kolleginnen und Kollegen mitzunehmen und zu überzeugen.

Und dies stets im vertrauten und intensiven Zusammenwirken mit der GdP. Am Ende waren es unterschiedliche Dienstvereinbarungen mit dem Ziel, Belastungsgrenzen zu beschreiben und gleichzeitig Gesundheit und Zufriedenheit der Kolleginnen und Kollegen zu fördern.

Wenn Gewerkschaft und Personalrat zusammen anpacken

Vor allem die Wochenarbeitszeitverkürzungen im Schichtdienst erwiesen sich dabei als bedeutsamer Erfolg. Einerseits sehen sie die Reduzierung der Wochenarbeitszeit für besonders belastende Dienstformen und andererseits eine entlastungsorientierte Dienstplangestaltung vor. Diese wurden im

Wechselschichtdienst	Wochenstunden-soll				
	ab 1.3.18	ab 1.1.19	ab 1.1.20	ab 1.1.21	ab 1.1.22
bis 10 Jahre	41	41	41	41	41
über 10 Jahre	41	40	39	39	38
über 20 Jahre	39	39	38	37	36

Grafik: privat

Erlass Arbeitszeit in der Landespolizei Schleswig-Holstein vom 2. Januar 2019 geregelt. Grundlage dieser Errungenschaft war das Zusammenwirken von Gewerkschaft und Personalrat. Konkret: GdP und Personalrat – zwei Seiten einer Medaille zugunsten der Kolleginnen und Kollegen.

Aber die Arbeit ist noch nicht beendet, weitere Ziele sind noch zu erreichen: Zur Attraktivitätssteigerung muss die Wochenarbeitszeit für alle Beschäftigten der Landespolizei gesenkt werden. Insbesondere jedoch im Wechselschichtdienst ist die Wochenarbeitszeit generell auf 35 Stunden zu reduzieren, denn ein gesundheitsorientierter Schichtdienst verträgt allenfalls diese maximale Arbeitszeit. Das ist arbeitsmedizinisch belegt. Zudem müssen berufslebenslange Belastungen zu einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit führen, spätestens mit dem 60. Lebensjahr muss es ohne Abzüge in den Ruhestand gehen können. ■

Anzeige



IM GRUNDE SIND SIE NUR NOCH KÖRPERLICH ANWESEND?

In letzter Zeit fühlen Sie sich von den Anforderungen im Alltag zunehmend überlastet und oft selbst Kleinigkeiten nicht mehr gewachsen? Dann könnten das erste Anzeichen für eine psychische Erkrankung sein, die Sie ernst nehmen sollten.

In der Habichtswald-Klinik helfen wir Ihnen, neue Kraft zu schöpfen und Ihr Leben wieder lebenswert zu machen: Dabei integrieren wir in unserem ganzheitlichen Therapiekonzept gleichwertig die Methoden modernster wissenschaftlicher Schulmedizin und bewährter Naturheilverfahren und verstehen den Menschen immer als Einheit von Körper, Seele und Geist.

Gerne beraten wir Sie ausführlich und persönlich. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an unter **0800 - 890 11 01**. Aufnahme im Bedarfsfall: einfach und schnell.



Habichtswald-Klinik
Klinik für Ganzheitsmedizin und Naturheilkunde

SEIT 1986
30 Jahre
Expertise in
ganzheitlicher
Therapie

Wigandstraße 1 · 34131 Kassel-Bad Wilhelmshöhe · www.habichtswaldklinik.de



BASISLEHRBUCH KRIMINALISITIK

Strategien und Techniken
der Verbrechensaufklärung und -bekämpfung

Von **Christoph Keller (Hrsg.)**.



1. Auflage 2019

Umfang: 872 Seiten

Format: DIN A 5, Broschur

Preis: 34,90 € [D]

ISBN 978-3-8011-0826-7

Das vorliegende Buch führt ausführlich in alle relevanten Themenbereiche der Kriminalistik ein. Die enthaltenen 20 Kapitel leiten sich ab aus den Lehrinhalten polizeilicher (Fach-) Hochschulen der Länder und des Bundes sowie aus praktischen Bedürfnissen der polizeilichen Kriminalitätsbekämpfung und -sachbearbeitung.

Abgehandelt werden von den Autoren sowohl die klassischen Themen (Einbruch, Raub, Brand, Todesermittlungen usw.), wie auch neuartige Phänomene (z.B. Cybercrime, Islamistischer Terrorismus, Reichsbürger und Selbstverwalter). Dabei vermitteln sie grundlegendes Wissen über kriminalistische Fragestellungen, verbunden mit den strafprozessualen Fragen in seinen nationalen und internationalen Bezügen. Zulässigkeit und Grenzen polizeilicher Ermittlungstätigkeit werden dabei in den jeweiligen Kapiteln anhand von Fallbeispielen aus dem polizeilichen Alltag und Lösungshinweisen unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung dargestellt.

Insgesamt gibt das Werk damit einen breit gefächerten und aktuellen Überblick über die kriminalistische Praxis und stellt zudem neue strategische und taktische Ansätze bei der Kriminalitätsbekämpfung dar. Es richtet sich damit an alle im Polizeidienst tätigen Personen, die mit Fragestellungen rund um das Thema „Kriminalistik“ zu tun haben. Studierenden steht das Handbuch insbesondere als Hilfsmittel zur Vorbereitung auf Prüfungen und Klausuren sowie als wertvolles Nachschlagewerk zur Verfügung.



DER HRSG.

Christoph Keller, Polizeidirektor, hauptamtlicher Dozent für Eingriffsrecht und öffentliches Dienstrecht an der FHöV NRW, Abteilung Münster.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

Ein weltweites Team – die vernetzte Polizei der Zukunft

2. Internationale Polizeijugendkonferenz in Den Haag

Von Christina Bicking



Foto: Timo Bongers

Wie sieht effektive Polizeiarbeit in einer sich immer weiter globalisierenden Welt aus? Was kann die Polizei vom organisierten Verbrechen (OK) lernen? Diesen und weiteren Fragen widmete sich die 2. Internationale Polizeijugendkonferenz in Den Haag, an der Ende Oktober gut 100 Polizistinnen und Polizisten aus aller Welt teilnahmen.

Es braucht einen Kulturwandel

„Wir als GdP müssen uns über Polizeiarbeit der Zukunft und die Verbesserung der internationalen Kooperation Gedanken machen“, sagte der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, zu Beginn des dreitägigen Treffens. Die Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg sei essenziell für eine effektive Polizeiarbeit. Die Rolle dicht vernetzter Kooperationen auf internationaler Ebene erfordere einen Kulturwandel in den Reihen der Polizei. Die Neueinstellungen in Deutschland böten hier eine große Chance. Die Polizei werde weiblicher und vielfältiger.

Der Vorsitzende der niederländischen Polizeigewerkschaft Nederlandse Politiebond (npb), Jan Struijs, sprach über die OK in seinem Land – insbesondere über den Kampf gegen Drogen- und Bandenkriminalität. 60 Prozent der sich in Australien in Umlauf befindlichen Drogen stamme beispielsweise aus den Niederlanden. Es brauche eine enge internationale Kooperation und ein Lernen voneinan-

der, um weltweite Strukturen zu zerlegen. Bei der Weiterentwicklung der Polizeiarbeit in den Niederlanden spiele die Gewerkschaft eine entscheidende Rolle.

„Diversität ist in euren Genen“

„Die Polizei ist in jedem Land ein essenzieller Stabilitätsfaktor“, sagte der niederländische Minister für Justiz und Sicherheit, Ferdinand Grapper-

haus, in seiner Ansprache. Er hob die Bedeutung der jungen Generation an Polizeibeamtinnen und -beamten für die Polizeiarbeit der Zukunft hervor. „Diversität ist in euren Genen“, und das sei ein Schlüsselfaktor bei dem Vorhaben, die Polizeiarbeit weltweit besser zu vernetzen. Außerdem sei diese Generation mit der Digitalisierung der Stunde Null und der sich entwickelnden Technologie aufgewachsen. Das sei ein großer Vorteil.

Was uns der Fußball lehrt

„Erfolg ist nur möglich, wenn wir als Team zusammenarbeiten“, verdeutlichte Danny Makkellie, FIFA-Schiedsrichter und niederländischer Polizei-



Sekundenentscheidung: Rot oder Gelb? FIFA-Referee Danny Makkellie stellte die Teilnehmenden auf die Probe.

Foto: Timo Bongers



POLIZEILICHE PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT IM DIGITALEN ZEITALTER

Ein Praxisleitfaden für den Weg zu zeitgemäßer PR

Von **Jan Schabacker**.



1. Auflage 2020

Umfang: 192 Seiten

Format: Broschur, 14,8 x 21 cm

Preis: 26,00 € [D]

ISBN: 978-3-8011-0865-6

Das Geiseldrama von Gladbeck 1988 und der Amoklauf von München 2016. Zwei einschneidende Ereignisse der deutschen Geschichte, hautnah von Polizei, Journalisten und der Öffentlichkeit in Wort, Bild und Ton begleitet, die deutlich aufzeigen, welche medialen Entwicklungen zwischenzeitlich stattgefunden haben und mit welchen Anforderungen und Herausforderungen die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Polizei mittlerweile konfrontiert wird. Denn Digitale Revolution, das Internet und nicht zuletzt Social-Media-Kanäle stellen die klassische Trennung von Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auch innerhalb der Polizei mehr als in Frage.

Der Autor dieses Buches trägt diesen Entwicklungen Rechnung und legt ein Werk vor, das den Leser in die Lage versetzt, für die Polizei das zu tun, was heutzutage notwendig ist: Public Relations aus einem Guss zu betreiben und Themen mit guten Botschaften, Bildern, Audios und Videos auf unterschiedlichen Kanälen nach innen wie nach außen zu platzieren. Der Leitfaden als Handwerkszeug hilft dabei, Public Relation crossmedial zu denken und alle Kommunikationskanäle professionell zu bedienen und zu nutzen.



DER AUTOR

*EPHK Jan Schabacker, Leiter der Pressestelle
LZPD NRW, Pressesprecher.*



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de



Beißerqualitäten.

Foto: Timo Bongers

beamter. Zusammen sei man zwar schneller, aber als Team komme man weiter. Die Polizei müsse sich gemeinsam auf Sicherheitsaufgaben konzentrieren – als Team, in dem jedes Mitglied gleich wichtig sei. Außerdem sei der Blickwinkel entscheidend, wenn es darum gehe, Aufklärung zu betreiben. Er zeigte zahlreiche Beispiele aus dem Fußball, in dem erst die Technologie – in diesem Fall Kameras – aufdeckte, was bei einem Foul tatsächlich vorgefallen war.

Polizei der Zukunft als gemeinsames europäisches Konzept

Ein wichtiger erster Schritt in Richtung gut vernetzter globaler Polizei ist nach Ansicht des GdP-Bundesjugendvize Martin Meisen die europäische Ebene. Hier müssten die Rahmenbedingungen vorangetrieben werden. „Wenn Kolleginnen und Kollegen in europäischen und internationalen Polizeieinsätzen zusammen agieren sollen, muss man auch Sorge dafür tragen, dass man auf der Arbeitsebene gemeinsame Standards definiert“, so der junge Gewerkschafter. „Viele Probleme hängen mit den Befugnissen der Polizeien in Europa zusammen“, sagte Niels Sahling, GdP-Bundesjugendvorsitzender, am Rande der Tagung.

Außerdem sei es notwendig, eine EU-Mitarbeitervertretung zu etablieren, um den Interessen aller Kolleginnen und Kollegen gerecht zu werden, stellte Meisen fest. „Der Vernetzungsprozess auf polizeilicher Ebene schreitet voran. Unsere Generation ist davon maßgeblich betroffen“, ergänzte er. Junge Polizeibeschäftigte sollten sich daher einbringen, um die Entwicklung positiv zu beeinflussen. „Wer die län-

derübergreifende Kriminalität effektiv bekämpfen will, muss die Polizei der Zukunft als gemeinsames europäisches Projekt sehen“, sagte der junge Gewerkschafter. Dafür mache sich die GdP stark. Außerdem sei Europa keine selbstverständliche Errungenschaft, fügte sein Kollege Sahling hinzu. „Es gab noch nie in der Geschichte eine bessere und friedlichere Lösung“, so der Hamburger Polizeibeamte. „Wir als junge Generation müssen für ein starkes Europa eintreten.“

In Workshops zu Team-Sicherheit, Cybercrime oder Laufbahnen tauschten sich die teils weit gereisten Polizistinnen und Polizisten aus Dänemark, Lettland, Norwegen, der Schweiz, Slowakei, Lettland, Tschechien, Südafrika, den USA, Deutschland und dem Gastgeberland Niederlande engagiert aus. Ein Highlight war der Besuch des niederländischen SWAT-Teams, das die Tagung mit vier Einsatzfahrzeugen besuchte. Die neuen Elektrofahrzeuge der niederländischen Polizei überzeugten mit guter Ausstattung in imposanter PS-Stärke. Die Fahrzeuge kommen auf rasante 200 Stundenkilometer – im Fall der Fälle.

Austausch in Rotterdam

Am dritten Tag besuchten die Jung-Polizisten die Rotterdamer Hafen-Polizei, die älteste Polizeidienststelle in den Niederlanden. Rotterdam ist der größte Hafen Westeuropas. Rund 120.000 Menschen durchlaufen ihn jährlich. Zu den Kriminalitätsformen, die den Abschnitt hauptsächlich beschäftigen, zählen neben Drogenkriminalität vor allem Menschenhandel, Cybercrime, Umweltverbrechen, Fracht-Diebstahl, Terrorismus und Verstöße gegen Arbeitsrechtbestimmungen. Das Besondere an der Direktion: Im Gebiet der Hafenpolizei gibt es keine Einwohner. Daher fallen Kriminalitätsbereiche wie Häusliche Gewalt, Wohnungseinbruch und Jugendkriminalität unter den Tisch. Zu 80 Prozent beschäftigt die Kolleginnen und Kollegen jedoch der illegale Rauschgifthandel. Die Helfer, die hier im Kampf gegen den Schmuggel zum Einsatz kommen, lernten die Jungpolizistinnen und -polizisten bei der Rotterdamer Hundestaffel kennen. Eindrücklich führten die Vierbeiner, die beispielsweise bei Drogen, Pyrotechnik oder dem Personenschutz zum Einsatz kommen, ihre „Beißerqualitäten“ vor. Björn Michauk aus dem GdP-Landesbezirk Berlin stellte sich mit Schutzweste als Trainingsobjekt zur Verfügung. Abdrücke des Bisses durch den gepolsterten Ärmel konnte man viele Stunden später noch bestaunen.

„Es war eine rundum gelungene Veranstaltung. Wir haben viel für die Arbeit der Jungen Gruppe (GdP) mitgenommen“, bilanzierte Junge-Gruppe-Chef Sahling. Die geknüpften Kontakte und die Vergleiche zwischen den Ländern seien ein kräftiger Motor für die Gestaltung der vernetzten Polizei der Zukunft. ■



Einblicke in die niederländische Polizeiarbeit.

Foto: Timo Bongers



forum kriminal- prävention



www.forum-kriminalpraevention.de

Zeitschrift der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention

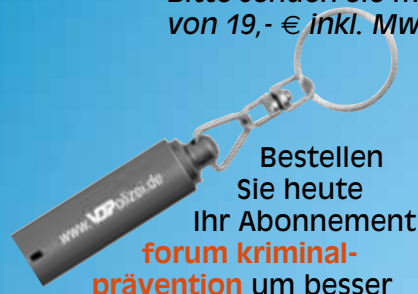


Buchtipps
Neues aus der Wissenschaft
Gewalt an Schulen
Jugenddelinquenz
Erziehung und Pädagogik
Kommunale Prävention
Einbruchsprävention
Sicherheitstechnik
Prävention in Europa
Evaluation

Aktuelle Präventionsthemen für Sie beleuchtet –
forum kriminalprävention für nur

19,-€
jährlich,
zzgl. Versandkosten

Bitte senden Sie mir die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ zum Jahresabonnementspreis von 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten zu. Erscheinungsweise: 4 Ausgaben/Jahr



Bestellen Sie heute Ihr Abonnement **forum kriminalprävention** um besser informiert zu sein. Als Dankeschön für Ihre Bestellung erhalten Sie diese LED-Lampe für Ihren Schlüsselbund, die Sie auf jeden Fall behalten dürfen. Weitere Informationen über die Zeitschrift und die Stiftung erhalten Sie auf www.vdpolizei.de (auch online-Bestellungen)

Name, Vorname	Firma, Abteilung
Straße/Hausnummer	Plz, Ort
Telefon/Telefax	E-Mail
Datum, Ort	1. Unterschrift
Vertrauensgarantie: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen schriftlich beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH, Anzeigenverwaltung, Forststr. 3a, 40721 Hilden, widerrufen kann und bestätige dies durch meine zweite Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.	
Datum, Ort	2. Unterschrift



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a · 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-188 · Telefax 0211 7104-4188
www.VDPolizei.de

Die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ erscheint 4 x jährlich (März, Juni, September, Dezember). „forum kriminalprävention“ erscheint beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Anzeigenverwaltung und wird von dort als Jahresabonnement bezogen. Das Abonnement bezieht sich auf ein volles Kalender-jahr und verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis 30.06. zum Jahresende eine Kündigung erfolgt. Der Abo-Jahres-Preis beträgt 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten. Einzelheftpreis: 5,- € inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten.

Fachtagungen „Follow the Money“ zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität

Auf Einladung der GdP-Gliederungen Bundespolizei, Zoll und NRW diskutierten Experten in Hamburg und Köln unter dem Motto „Follow the Money“ über Möglichkeiten der wirksamen Bekämpfung von Organisierter Kriminalität. Philip Morris gab Einblicke in eine stark von der Kriminalität geschädigte Industrie.



Jörg Radek (GdP), Alexandra Münch (Philip Morris), Dr. Hartmut Kühn, Frank Buckenhofer (beide GdP) und Markus Schütz (Philip Morris) begrüßten die Teilnehmer zur Fachtagung „Follow the Money“ in Hamburg (von links).

Ziel der beiden Tagungen im Oktober und November 2019 war es, Expertenwissen auszutauschen und Forderungen an die Politik zu formulieren, die dazu beitragen, illegale Geldströme der Organisierten Kriminalität trocken zu legen. Polizei- und Zollbeamte, Beamte der Steuerfahndung, Staatsanwälte und Vertreter aus Wissenschaft und Wirtschaft brachten ihre Perspektiven in die Diskussion ein. In einem Punkt waren sich die Beteiligten einig: Die Organisierte Kriminalität muss an ihrer empfindlichsten Stelle getroffen werden: dem Geld. Voraussetzung dafür sei u. a. eine wirksame Vermögensabschöpfung sowie eine Verbesserung der personellen und fachlichen Ressourcen. Dies lasse sich nur realisieren, wenn alle Beteiligten ihre Schreibtische enger zusammenrücken.

Stärkere Vernetzung der Sicherheitsbehörden

„Wir können der Organisierten Kriminalität nur die Geschäftsgrundlage entziehen, wenn die Vermögensabschöpfung deutlich verstärkt wird und Finanzer-

mittler behördenübergreifend arbeiten. Polizei, Zoll, Steuerverwaltung und Justiz müssen dafür vernetzt sein und auf Augenhöhe agieren“, forderte Gastgeber Frank Buckenhofer, Vorsitzender der GdP-Bezirksgruppe Zoll.

Illegale Zigaretten Hauptbetätigungsfeld der OK

Eine wichtige Rolle kommt dabei der Zusammenarbeit mit den Geschädigten zu. So wurde die Veranstaltungsreihe von der Philip Morris GmbH unterstützt, die als führender Zigarettenhersteller einer der Hauptbetroffenen von Schmuggel sowie Produkt- und Markenfälschungen ist. Dem BKA-Bundeslagebild OK von 2018 zufolge bildet der Zigaretten Schmuggel mit 38,6 Prozent das Hauptbetätigungsfeld der Organisierten Kriminalität innerhalb der Steuer- und Zollkriminalität und ist damit eine ihrer wesentlichen Einnahmequellen.

Markus Schütz, Senior Manager der Abteilung Illicit Trade Prevention (ITP) bei Philip Morris Deutschland, referierte mit seiner Kollegin Alexandra Münch,

Manager ITP, wie das Unternehmen den illegalen Handel mit Tabakprodukten in Deutschland und Europa bekämpft. Einen Überblick, wie Produktfälscher arbeiten und wie Ermittler gefälschte Zigaretten erkennen können, gaben Vertreter der Forensik-Abteilung des Unternehmens.

Philip Morris hat gemäß der seit Mai 2019 in Kraft getretenen EU-Tabakproduktrichtlinie ein System zur Überwachung und Rückverfolgbarkeit von Tabakprodukten (Track & Trace) eingeführt. Mit diesem Wissen unterstützt das Forensik-Team des Unternehmens die Strafverfolgungsbehörden bei der Erkennung und Nachverfolgung gefälschter Produkte. Das Angebot an Schulungen und Trainings für interessierte Vertreter öffentlicher Stellen wird weiter ausgebaut, damit gefälschte Produkte vor Ort schneller identifiziert werden können.

Kooperation mit Sicherheitsbehörden

Dazu zählt auch die Beobachtung aktueller Marktentwicklungen, nicht nur offline, sondern auch im Internet. Beispielsweise scannen die ITP-Teams Verkaufs- und Social-Media-Plattformen, auf denen illegale Produkte angeboten werden. Für einen Austausch derart gewonnener Daten bestehen in anderen europäischen Ländern bereits verbindliche Abkommen zwischen öffentlicher und privater Hand.

„Ich bin fest davon überzeugt, dass weder die Sicherheitsbehörden noch die Industrie allein dem Problem des illegalen Tabakhandels Herr werden können. Aus diesem Grund sollten wir an einem Strang ziehen und einen engeren Erfahrungs- und Informationsaustausch pflegen, wie Philip Morris es bereits mit Sicherheitsbehörden in anderen EU-Staaten erfolgreich praktiziert“, riet Markus Schütz und bedankte sich bei allen Beteiligten der Fachtagungen für den offenen Dialog.

Von der Dortmunder Trainerbank in die „Gelbe Wand“

Als Gewinner im größten Stadion Deutschlands



Vor dem Eingang zu den Mannschaftskabinen.

Fotos (2): Zielasko

24 Stunden Fußball pur für eingefleischte Fans des runden Leders. Das können GdP-Mitglieder erleben, die sich als ausgemachte Experten mit Enthusiasmus und einem glücklichen Händchen am Bundesliga-Tippspiel beteiligen. Mitte Oktober war es wieder soweit. Die Sieger in der Einzel- und Teamwertung treten dreieinhalb Stunden vor dem Anpfiff auf den Rasen des Dortmunder Signal-Iduna-Parks.

Noch herrscht Stille im weiten Rund, wo bald mehr als 80.000 Zuschauer für ohrenbetäubenden Lärm sorgen werden. Stefan und seine Frau aus der Oberpfalz, Stephan und Carsten aus Rheinland-Pfalz gehen durch den engen Spielertunnel und genießen diese noch nicht erlebte Perspektive. Handys werden gezückt für Erinnerungsschnappschüsse.

Einzelieger Stefan Feicht zeigt sich beeindruckt. „Was für eine imposante Arena“, bemerkt er und „dann die einmalige Chance, mal auf den begehrten Sitzen der Trainerbank Platz zu nehmen. Diese Bilder kenne ich bisher nur aus dem Fernsehen. Während des mehr als einstündigen Rundgangs sind uns eine Menge Daten, Fakten und die ein oder andere, sehr interessante Anekdote näher gebracht worden“, erzählt der szenekundige Beamte aus der Polizeiinspektion Regensburg Süd später beim Bier in den Katakomben in ausgelassener Stimmung.

Beindruckender Blick hinter die Kulissen

Auch das Duo „Eierkarl“, so der außergewöhnliche Teamname von Stephan Schackmar und Carsten Neis, muss die Eindrücke in gemütlicher Runde erst einmal sacken lassen. „Dortmund ist für uns Neuland, und wir haben uns schon riesig auf das Match gegen Borussia Mönchengladbach gefreut“, meint der 33-jährige Schackmar. „Wir beide kennen uns schon seit 13 Jahren, kommen aus dem gelobten Saarland und sind bei der Polizeiautobahnstation Kaiserslautern im Einsatz“, ergänzt der 43-jährige Neis.

Der Guide, der die kleine Gruppe im Auftrag von Borussia Dortmund exklusiv durch das frühere Westfalenstadion führt, präsentiert viel Wissenswertes um den BVB und seine Heimstätte. „Manche Orte bekommt ein ‚normaler‘ Stadionbesucher nie

zu sehen. Wir dürfen beispielsweise die Treppen zu den Spielerkabinen hinunter laufen, in der Fernseh-Mixedzone vor den Werbewänden und ganz nah am heiligen Rasen stehen“, so der 56-jährige Feicht rückblickend beim Fachsimpeln in der VIP-Lounge. Stephan und Carsten werfen noch in die Runde das Stadionsprecherpult des Dortmunder Spieleridols Norbert „Nobbi“ Dickel und den Sitzplatz des seit 14 Jahren agierenden Geschäftsführers Hans-Joachim „Aki“ Watzke.

Gänsehaut-Feeling

Pünktlich zu Spielbeginn nimmt das GdP-Dream-Team, zu der auch der Bundesvorsitzende Oliver Malchow und Tarifexperte René Klemmer gehören, die gepolsterten Sitzplätze im VIP-Bereich ein. Alle sind sich später am Abend einig: „Wir haben ein spannendes, kampfbetontes Spitzenspiel verfolgt, mit einem etwas glücklichen 1:0-Sieg der Heimelf.“ Und: „Die Stimmung, die uns aus der gegenüberliegenden ‚Gelben Wand‘ entgegenschlug, verursachte nicht nur bei uns Gänsehaut-Feeling. Ich war wirklich schon in einer Vielzahl deutscher Fußballstadien, aber eine Stimmung wie sie hier geboten wird, ist nur äußerst



Bewerbungsfoto?



selten zu erleben.“ Das Match wird danach noch von allen Beteiligten in der 3. Halbzeit bis in die Nacht ausgiebig analysiert. „Völlig zufrieden und mit vielen tollen Eindrücken erfolgte die Rückfahrt zum Hotel“, so das Fazit der Gewinner.

DFB-Museum ein Muss



Foto: Zielasko

Um das Wochenende komplett zu machen, wartet am Sonntagmorgen der Besuch des DFB-Museums. „Ein Muss für jeden Fußballfan! Unvergessliche Momente aus der Vergangenheit führen beim Ansehen der Filmsequenzen wieder zu Gänsehaut“, notieren Stephan und Carsten in den Reporterblock. „Beim Durchschlendern und betrachten der unendlichen Sammlung von Zeitungsberichten, originalen Spielerausrüstungen, Pokalen und sonstigen Utensilien vergeht die Zeit wie im Fluge.“ Auch für wahre Fußballexperten, so ergänzt Stefan mit F, „gibt es in dem Museum eine Vielzahl von Neuigkeiten, alten Erinnerungen und verschiedenen Relikten zu bestaunen. In einem 3-D-Kino erscheinen nochmal die vier gewonnenen Weltmeisterschaften des DFB-Teams“.

Tolles Event

Das Resümee der Sieger: „Für uns wird dieses außergewöhnliche und faszinierende Wochenende immer in Erinnerung bleiben. Um es auf den Punkt zu bringen: es war ein geniales und top geplantes Event! Wir können nur jedem fußballbegeisterten GdP-Mitglied die Teilnahme an dem Tippspiel empfehlen. Es macht unwahrscheinlich viel Spaß, und wo sonst kann man solch einen außergewöhnlichen Preis gewinnen. Wir drücken allen Teilnehmern die Daumen.“

Übrigens: Am 17. Januar beginnt mit dem 18. Spieltag die Rückrunde der Fußball-Bundesliga. Also tippen nicht vergessen!

Wolfgang Schönwald



Die Kolleginnen und Kollegen des GPPT in Mazar-e-Sharif.

Foto: ©GPPT Mazar-e-Sharif

Wir für euch – Egal wo ihr gerade seid!

Von Johannes Träumer

Wie jedes Jahr zum Jahresende verteilt die GdP ihre Kalender auf den Dienststellen unter den Kolleginnen und Kollegen. Nur dieses Jahr kam eine weitere „Dienststelle“ dazu.

Über die Kreisgruppe Kempten erreichte den GdP-Landesbezirk Bayern eine Anfrage eines eigentlich im Allgäu beheimateten Kollegen aus dem German Police Project Team (GPPT) im afghanischen Mazar-e-Sharif. Diese Region hatte die GdP bislang nicht auf dem Schirm. Der Kollege fragte an, ob für die Kolleginnen und Kollegen im Projekt Kalender für 2020 verfügbar wären.

Kurzerhand – ohne lange zu überlegen – entschloss sich die GdP Bayern daraufhin, via Feldpost eine Zusammenstellung unterschiedlichster Kalender nach Afghanistan zu senden. Und da es langsam aber sicher auf Weihnachten zugeht hatten sie es sich nicht nehmen lassen und auch Packungen mit Lebkuchen mit übersandt.

Zur Tätigkeit unserer deutschen Polizistinnen und Polizisten aus vielen Bundesländern und der Bundespolizei gehört es, die afghanischen Polizeieinheiten zu beraten. Damit unterstützen sie dort den Aufbau und die Aus- und Fortbildung in allen Facetten der polizeilichen Arbeit.

Gerne sind wir der Anfrage nachgekommen und haben die Kolleginnen und Kollegen mit Kalendern und Lebkuchen ausgestattet. Getreu unserem Wahlspruch „GdP - Wir für euch“. Ganz egal, wo auf der Welt ihr gerade euren Dienst verrichtet! Herzliche Grüße nach Afghanistan, passt auf euch auf und kommt gesund wieder nach Hause. ■



Kommunikation im Blickfeld

Personalentwicklungsprojekt der Frauengruppe (Bund)

Von Carmen Kliem, Landesfrauenvorstand Sachsen



13 Teilnehmerinnen des Personalentwicklungs-Projekts der Frauengruppe (Bund)

Foto: Carmen Kliem

Das Thema Kommunikation mit seinen zahlreichen Facetten stand neben aktueller Frauengewerkschaftsarbeit und einer Darstellung der GdP-Strukturen im Mittelpunkt des zweiten Workshops des Personalentwicklungs-Projekts der Frauengruppe (Bund) der Gewerkschaft der Polizei (GdP), zu dem sich 13 Teilnehmerinnen Anfang November in einem Berliner Hotel trafen.

Trainerin Manuela Rukavina vermittelte der engagierten Gruppe mit kurzweiligen Bei-

trägen, worauf es bei der Kommunikation ankommt. Wir erfuhren, wie wichtig Rollen, Gefühle, Emotionen

und die eigenen Bedürfnisse sind. Wir lernten viel über Charakterstärken, Macht und Herrschaft, aber auch über den Umgang mit Stress, über Resilienz sowie das Netzwerken. Wilma Wäntig, stellvertretende GdP-Bundesfrauenvorsitzende, verwies zunächst auf die momentanen Aktivitäten der Frauengruppe Bund. Sehr anschaulich erläuterte zudem GdP-Frauenreferentin Annette Terweide den Aufbau der Gewerkschaft und berichtete über die positive Mitgliederentwicklung. Deutlich wurde, dass nicht nur bei der Polizei, sondern auch in der GdP der Frauenanteil stetig steigt. Derzeit gibt es Terweide zufolge rund 50.000 weibliche Mitglieder: Das entspricht fast einem Viertel der Gesamtmitgliedschaft. Nun müsste sich diese Entwicklung nur noch in den gewerkschaftlichen Gremien widerspiegeln. Wir Teilnehmerinnen sind auf jeden Fall motiviert, aktiv dabei mitzuarbeiten.

Zu einem Besuch lud uns die Abteilungsleiterin für Frauen- sowie Gleichstellungspolitik des DGB-Bundvorstandes, Anja Weusthoff, in die Räume des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) ein und lieferte reichlich Informationen zu den Politikfeldern und Aktionen des DGB.

Die drei Tage vergingen wie im Flug. Nun heißt es, das Gelernte praktisch umzusetzen. Wir freuen uns schon auf den dritten, aber leider letzten Workshop im März. ■

Kapitalmarkt

Anzeige

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €

- Vorteilszins für den öffentl. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit - **Unser bester Zins aller Zeiten** - **Sensationell günstig**

2,50% echter Vorteilszins

effektiver Jahreszins

SUPERCHANCE Teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen. Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!

Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484,- €
Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.

AK FINANZ
Exklusivzins
sehr gut
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel.: (0621) 778180-0
info@ak-finanz.de
www.AK-Finanz.de

Finanzierung Hausbesitzer

Kreditzusammenfassung bis 50 % Raten senken, Kreditkündigung, Zwangsversteigerung, neg. Schufa

www.ihr-bankpartner.de
Tel.: 03681-351703

PECUNIA GmbH seit 1980

Zinsgünstige Kredite/Hypotheken für Beamte, Angestellte, Rentner bis 95 Jahre. Ohne Auskunft bis € 15.000

Tel. 02 01/22 13 48
45127 Essen • Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen. Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de • Nulltarif-☎0800-33 10 332
Klaus Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Präl.-Höing-Str. 19 • 46325 Borken

www.Polizeifeste.de

Alle Polizeifeste auf einen Blick

JETZT INFORMIEREN!

Viele Informationen und Tipps auf dem Präventionsportal der Gewerkschaft der Polizei

POLIZEI DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei
Das Präventionsportal



Eine Frage der Wertschätzung

Von Beatrice Hsu, GdP Berlin, für den Tarifbereich zuständiges Mitglied des Geschäftsführenden Landesbezirksvorstandes

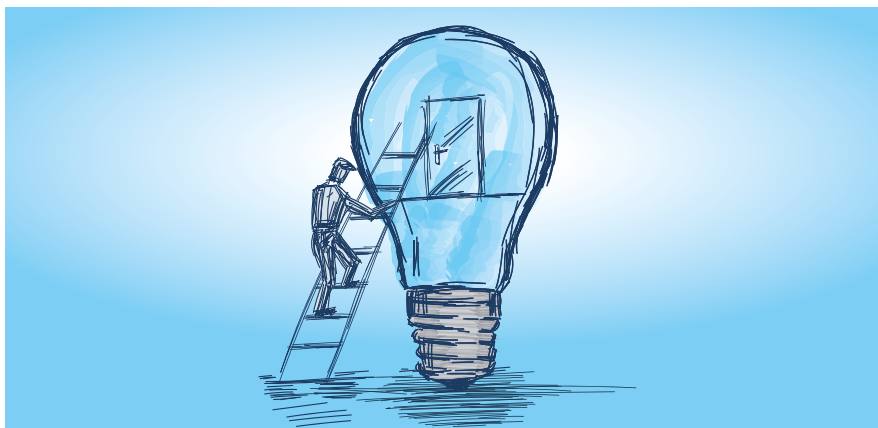


Foto: Akhilesh Sharma – stock.adobe.com

Berliner Tarifbeschäftigte sind ein wichtiger Bestandteil unserer Polizeibehörde. Ein Teil dieser Kolleginnen und Kollegen gehört zum allgemeinen Verwaltungsdienst, der andere besteht aus vollzugsnahen Beschäftigten.

In den letzten Jahren haben sich die Arbeitsfelder auf Grund des Personalmangels, des demografischen Wandels, der Gesetzesänderungen – und nicht zu vergessen – durch ständiges Umstrukturieren unserer Behörde verändert. Eine aufgabenkritische Betrachtung einzelner Arbeitsfelder von Seiten der Behördenleitung erfolgte aber zu keinem Zeitpunkt.

Aber wo bleibt die Wertschätzung durch die Behörde? Ist es nicht ihre Pflicht zu kontrollieren, ob sich Arbeitsfelder verändert haben? Wer könnte das besser beurteilen, als die Beschäftigten selbst in Zusammenarbeit mit ihren jeweiligen Fachvorgesetzten? Aber solange sich die Haltung der Behörde nicht ändert und ein Zusammenspiel aller Beteiligten erfolgt, kämpfen wir Tarifbeschäftigten weiter gegen Windmühlen.

Veraltet

Die Arbeitsplatzbeschreibungen sind extrem veraltet (teils aus dem Jahr 1984) oder spiegeln das Arbeitsfeld nicht mehr in Gänze wider. So ist es an der Tagesordnung, dass in vielen Bereichen die Tarifbeschäftigten mehr machen als in ihrer Arbeitsplatzbeschreibung dargestellt ist. Diese Aufgaben sind ihnen also nicht durch den Arbeitgeber übertragen worden und gehören somit nicht zu ihrer „auszuübenden Tätigkeit“ gemäß Paragraph 12 TV-L (Tarifvertrag der Länder).

Keiner hinterfragt, ob die Eingruppierungen überhaupt noch tarifkonform und stimmig sind. Die Fachvorgesetzten freuen sich, dass sie gut funktionierende Beschäftigte haben, die in der Regel mehr tun als prinzipiell verlangt. Dafür sind diese Tarifbeschäftigten in der Kollegenschaft beliebt und geschätzt.

Ein Beispiel

Unsere Polizeiangehörigen im Sicherheits- und Ordnungsdienst, kurz PAng SOD genannt, haben sich wegen ihrer schlechten Eingruppierung an die Gewerkschaft der Polizei (GdP) gewendet. Eingruppiert sind sie in der Entgeltgruppe 5. Nur die Altbeschäftigten haben wegen ihres Bewährungsaufstiegs aus dem alten Recht noch eine Entgeltgruppe 6.

Zusammen mit einer Kollegin ist es uns gelungen, anhand ihrer Aufzeichnungen die Tätigkeiten mehrerer Jahre darzulegen. Mit Hilfe der Tarifrferentin Michaela Omari aus der Berliner Bundesgeschäftsstelle sowie dem Rechtsanwalt Christian Müller konnte eine Eingruppierungsklage eingereicht werden. Schnell war von

Seiten des Gerichts klar, dass es sich bei der Arbeit der PAng SOD um einen Streifengang handelt, der zu den „selbständigen Leistungen“ gehört. Nun musste der Richter nur noch den zeitlichen Anteil überprüfen. So fing unser Dilemma an.

Neben den Streifengängen muss dieser Personenkreis auch noch die Radarwagen bedienen. Diese Tätigkeit ist nur in eine Entgeltgruppe 5 eingruppiert. Das ist auch gerichtlich schon ausgeurteilt. Verbringen die PAng SOD also hier mehr Zeit als mit ihren Streifengängen, wäre eine Eingruppierung in die Entgeltgruppe 5 gerechtfertigt.

Aber Radarwagen ist nicht gleich Radarwagen. Es gibt Radarwagen mit einem aufmerksamen und mit einem nichtaufmerksamen Messbetrieb. Wie der Name schon sagt, kann bei einigen Geräten die dauerhafte Überwachung des Radargeräts entfallen. Darum steigen die Tarifbeschäftigten aus dem Radarwagen und gehen ihrer Streifentätigkeit in der unmittelbaren Umgebung nach. So wird der Zeitanteil an Streifentätigkeiten erhöht und würde auch für eine Höhergruppierung ausreichen.

Allerdings musste das Gericht nun die Frage klären, wer den PAng SOD diese Aufgabe übertragen hat. Das Gericht wollte wissen, ob es eine generelle Arbeitsanweisung behördlicherseits für die Übertragung gibt. Leider konnten wir so eine Anweisung beziehungsweise Übertragung nicht vorlegen. Somit mussten wir die Klage zurückziehen, um mögliche negative Auswirkungen für die Beschäftigten zu verhindern.

Behörde sieht fataler Entwicklung lieber zu

Wir haben im Folgenden versucht, auf die Behördenleitung einzuwirken, um eine solche Aufgabenübertragung zu erwirken. Leider gibt es diese Anweisung beziehungsweise Übertragung bis heute nicht. Lieber sieht die Behörde zu, wie die PAng SOD zu den Ordnungsämtern in Berlin mit einer Eingruppierung der Entgeltgruppe 9 abwandern und das ganze Fachwissen sowie die Erfahrungen für die Polizei verlorengehen.

Was ist das für eine Wertschätzung seitens unseres Arbeitgebers?

KEINE!!! ■



Würde sexuell „gebrauchter“ Kinder wird weiter missachtet

Von Rainer Becker, Polizeidirektor a. D.,
Vorstandsvorsitzender Deutsche Kinderhilfe – Die ständige Kindervertretung e. V.



Foto: Tinnakorn – stock.adobe.com

Die sogenannte Edathy-Affäre 2014 machte vielen Beobachtern deutlich, dass die Höchststrafe für den Besitz von kinderpornografischem Material gemäß Paragraph 184 b Absatz 3 Strafgesetzbuch (StGB) damals lediglich bis zu zwei Jahre Freiheitsstrafe betrug.

Und Vereine wie Deutsche Kinderhilfe e. V., Innocence in Danger e. V. und Zartbitter e. V. empörten sich und machten der Öffentlichkeit bewusst, dass es beim Begriff Kinderpornografie nicht etwa um bewussten und gewollten einvernehmlichen Sex Erwachsener miteinander geht, der mit ihrem Wissen und Wollen auf Bild- und Tonträger aufgezeichnet wird und an dem sich andere Menschen beim Zuschauen mit Teilnehmer- oder Mittäterwillen erregen, sondern um die Vergewaltigung von Kindern – ob in Deutschland und der Welt vor laufender Kamera –, die dann dem Grunde nach für immer ins Netz eingestellt wird.

Aktiv gegen Hetze im Netz

Im vergangenen November erklärte Bundesjustizministerin Christine Lambrecht noch im Zusammenhang mit dem Maßnahmenpaket gegen (rechte) Hetze im Netz in der Berliner Bundespressekonferenz, dass es ein Unterschied sei, ob jemand in einer

Gaststätte vor ein paar Menschen beleidigt werde oder eben im World Wide Web (was dann einer höheren Strafe bedürfe). „Das betrifft vor allem die Aspekte der Aufforderung zu Straftaten oder der Billigung oder Verharmlosung von Straftaten. Den Tatbestand der Beleidigung werden wir an die Besonderheiten des Netzes anpassen. Dabei berücksichtigen wir insbesondere dessen unbegrenzte Reichweite und die aufgrund vermeintlicher Anonymität oft sehr aggressive Begehungsweise.“ Die Regierung wolle Beleidigungen, die in einem öffentlichen Raum wie dem World Wide Web durchgeführt würden, besonders unter Strafe stellen, erläuterte Lambrecht. Hat sie auch an das Einstellen von Bild- und Tonaufzeichnungen vergewaltigter Kinder ins Netz gedacht?

Härtere Strafen für Gaffer an Unglückorten ... und?

Im Mai forderte der Bundesrat härtere Konsequenzen für sogenannte Gaffer an Unfallstellen. Sensationslustige, die

hilflose Personen fotografieren oder filmen, müssen derzeit mit Geldstrafen oder Freiheitsstrafen von bis zu zwei Jahren rechnen. Im November gab es hierzu dann einen diesbezüglichen Kabinettsbeschluss. Natürlich ist Paragraph 184 b StGB gegenüber den Gaffern die speziellere Regelung. Die Deutsche Kinderhilfe teilt die Ansicht des Bundesgesetzgebers bezüglich einer Verschärfung der Strafandrohung, die sich neu auch auf getötete Personen erstrecken soll, im Übrigen ohne Wenn und Aber.

Aber was ist eigentlich mit „Kinderporno-Gaffern“? Denn die berechnete Empörung über die Schaulustigen bei hilflosen oder getöteten Personen sollte doch wohl auch gegenüber Menschen gelten, die vor laufender Kamera vergewaltigte Kinder und ihre Täter begaffen. Und: Warum können noch immer diese Gaffer, die sich an der auf Bild- und Tonträgern aufgezeichneten Vergewaltigung hilfloser Kinder im Netz erregen, nicht wenigstens genauso so hoch bestraft werden wie ein Ladendieb? Sollte ein angemessener strafrechtlicher Schutz nicht auch für die Würde vergewaltigter Kinder gelten, deren widerliche Zurschaustellung ohne ihr Wissen und Wollen dem Grunde nach lebenslänglich im Netz betrachtet und heruntergeladen werden kann? Bekannt sein dürfte: Die Höchststrafandrohung für den einfachen Diebstahl nach Paragraph 242 StGB wie den Ladendiebstahl beträgt derzeit bis zu fünf Jahre Freiheitsstrafe.

Der damalige Bundesjustizminister Heiko Maas reagierte auf die Edathy-Affäre und sorgte dafür, dass die Strafandrohung für den Besitz von kinderpornografischem Material um ein Drittel angehoben wurde – auf ganze drei Jahre. Dieses eklatante, eher peinliche Missverhältnis im Blick auf Schutz unseres Eigentums mag vielleicht auch auf den so unglücklich gewählten und unpassenden Begriff „Kinderpornografie“ zurückzuführen sein, der eben fälschlich mit der Pornografie Erwachsener verknüpft wird. Aber: Kinderpornografie sollte nicht länger sprachlich so bagatellisiert werden. Noch einmal: Ihr liegt eine Verge-



waltung der betroffenen Kinder oder ein sogenannter sexueller Missbrauch zu Grunde. Auch hier eine nicht mehr in unsere Zeit passende Begrifflichkeit, denn Missbrauch ist vom herkömmlichen Begriffsverständnis her lediglich „ein vorsätzlicher, falscher, der eigentlichen Bestimmung oder ähnlichem zuwiderlaufender Gebrauch“. Doch kann man einen Menschen oder gar ein Kind oder einen anderen Schutzbefohlenen „gebrauchen“? So wie man Alkohol oder Medikamente gebrauchen oder eben missbrauchen kann?

Weitere bagatellisierende Begrifflichkeiten und Widersprüche

Nur kurz erwähnt sei der auch nicht mehr passende Begriff der Misshandlung von Kindern (Schutzbefohlenen): Es geht nicht „nur“ um eine „Misshandlung“, sondern nach Paragraph 225 StGB um allerschwerste wiederholt ausgeübte und nachhaltige Gewalt gegen Kinder und andere Schutzbefohlene. Es werden (mehrfach) und über einen längeren Zeitraum Knochen gebrochen, Zähne ausgeschlagen, verbrannt, verbrüht, verätzt und und und, vor allen Dingen wird aber nicht „nur“ misshandelt.

Dabei ist auch der Begriff „Schutzbefohlener“ als nicht mehr zeitgemäß zu würdigen, denn es geht nicht (mehr) um Befehl und Gehorsam, es geht um Vertrauen und den schweren Missbrauch von Vertrauen. Und die Mindeststrafe hierfür beträgt sechs Monate Freiheitsstrafe, so dass es sich hierbei lediglich um ein Vergehen handelt.

Ein Handtaschendiebstahl, bei dem der Widerstand von Betroffenen in aller Regel durch das Wegreißen der Tasche überwunden wird, ist wegen der hierbei angewandten Gewalt als Raub im Grundtatbestand mit einer Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr bedroht und somit ein Verbrechen.

Nicht nachvollziehbare Unterschiede

Dem Grunde nach ist der sexuelle Missbrauch eines Kindes oder Schutzbefohlenen nichts anderes als (schwere) sexuelle Gewalt gegen ein Kind oder eine andere anvertraute Person.

Und noch eine Besonderheit, die verstören kann: Die sexuelle Nötigung Erwachsener, prinzipiell ebenfalls

nichts anderes als (schwere) sexuelle Gewalt, ist als besonders schwerwiegender Rechtsbruch mit einer Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr bedroht und damit ein Verbrechen. Dem gegenüber nennt der Gesetzgeber dieselbe Handlung gegen ein Kind oder einen „Schutzbefohlenen“ lediglich sexuellen Missbrauch.

Und es kommt noch schlimmer: Die Mindeststrafandrohung für den sexuellen Missbrauch beträgt in ihrem Grundtatbestand dagegen ebenfalls lediglich sechs Monate und ist damit nur ein Vergehen. Ex-Bundesjustizminister Maas versuchte es dem Verfasser in einem Brief so zu erklären, dass es bei Erwachsenen schließlich um ihre sexuelle Selbstbestimmung gehe und bei betroffenen Kindern dagegen um Kinderschutz. Ein und dieselbe sexuelle Gewalthandlung, ein und dasselbe Motiv und zwei unterschiedliche Strafandrohungen, wobei die Strafandrohung bei den grundsätzlich wehrhafteren Erwachsenen höher ist als die bei wehrlosen Kindern.

Einbruch in die Intimsphäre

Aber es gibt noch eine Steigerung: Nachdem die Zahlen von Wohnungseinbrüchen in Deutschland stark angestiegen waren, beschloss der Gesetzgeber auf Initiative von Maas, den Tatbestand des Wohnungseinbruchs gemäß Paragraph 244 StGB künftig zum Verbrechen

zu machen und die Mindeststrafandrohung auf ein Jahr zu erhöhen. So weit, so gut: aber dann erklärte Maas Medienvertretern gegenüber seine Gründe für die Strafverschärfung beim Wohnungseinbruch: „Einbruchsdiebstähle in die private Wohnung sind Straftaten, die in die Intimsphäre der Menschen eindringen und bei denen Opfer traumatische Folgen haben können. Wir müssen alles tun, um die Menschen in ihren eigenen vier Wänden so gut wie möglich zu schützen.“ Was ist denn mit der Intimsphäre der von sexueller Gewalt betroffenen Kinder und ihren traumatisierenden Folgen?

Innenministerkonferenz in Kiel

Im Juni griff die Innenministerkonferenz in Kiel auf Initiative des nordrhein-westfälischen Innenministers Herbert Reul nach den skandalösen Vorfällen auf einem Campingplatz bei Lügde die Problematik auf und beschloss, das Justizministerium zu bitten, zumindest die Strafandrohungen in Zusammenhang mit dem sexuellen Missbrauch und der Kinderpornografie deutlich anzuheben. Der Beschluss sagt:

1. Die IMK stellt fest, dass der Verbreitung und dem Konsum von Kinderpornografie der sexuelle Missbrauch von Kindern zu Grunde liegt.

2. Sie stellt darüber hinaus fest, dass die Fallzahlen für Verbreitung, Erwerb,

Anzeige

Reise & Erholung

Franken bei Bamberg,
eigene Metzgerei. Waldreiche Gegend. Lift, 75 Betten, Menüwahl, HP 5 Tage ab 199,- €, Gruppenangebote anfordern. Tel. 0 95 35/2 41, W. Schober, 96126 Pfaffendorf

Algarve/Portugal: Zaubrerhafte kleine Pension in Meeresnähe heißt euch herzlich willkommen. www.otartufo.com

**www.
Polizeifeste.de**

Mittlerer Schwarzwald

Exkl. einger. Komfort-Fewos/Fhaus ****
50-160 m², für 2-6 Pers., ab 45 €/Tag, (Inklusiv-Preise). Genießen Sie in unserem Schwarzwaldtal viele interessante Ausflugsmöglichkeiten (z.B. Europapark, Kaiserstuhl, Vogtsbauernhöfe, Triberger Wasserfälle) in nächster Umgebung und **Natur pur.** Hausprospekt unter Tel. 0 78 23 / 9 65 65, Fax 9 65 66
Machen Sie sich ein Bild unter **www.mittelschwarzwald.de**
Sie werden begeistert sein!



Action mit wasser·c·raft in Tirol

Spezial Polizeiangebote:
Raft- & Canyontour €/Person 123,-
Unterkunft über uns buchbar.

Infos: +43 5252 6721
office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at



Im Einsatz – im Thema.

POLIZEI PRAXIS



POLIZEIPRAXIS und **H3TACTICAL** stellen die neue Tactical Time Piece 500 vor. Speziell für die Leser von Deutsche Polizei bieten wir einen attraktiven Gutschein, den Sie sich unter

www.polizeipraxis.h3uhr.com

oder über den nebenstehenden QR-Code sichern können!



Mit dem Multifunktionstuch von **POLIZEIPRAXIS.DE** bieten wir den optimalen Begleiter bei allen Aktivitäten an. Es kann als Schal, Stirnband, Kopftuch, Schweißband oder Mütze getragen werden. Das atmungsaktive Tuch aus Microfaser kann ab sofort für nur 4,90 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten* unter der E-Mail:

info@polizeipraxis.de

bestellt werden!



*Ab einem Bestellwert von 50,00 Euro entfallen die Versandkosten. Nur gegen Vorkasse. Alle Preise inkl. MwSt.

www.POLIZEIPRAXIS.de

Besitz und Herstellung von kinderpornografischen Schriften laut polizeilicher Kriminalstatistik 2018 im Vergleich zum Vorjahr um rund 13 Prozent gestiegen sind.

3. Die IMK betont, dass die gesetzgeberischen Bestrebungen zur Bekämpfung von Kindesmissbrauch und Kinderpornografie entschieden intensiviert werden müssen. Der AK II hat den UA RV bereits in seiner letzten Sitzung am 10./11.04.19 in Warschau beauftragt, eine Aufnahme des Paragraf 184b Absatz 1 StGB in den Paragraf 100b Absatz 2 Strafprozessordnung (StPO) zu prüfen.

4. Die IMK stellt fest, dass, über die Frage des Ausbaus der Ermittlungsbefugnisse hinaus, der bisherige Strafraum des Paragraf 184b Absätze 1 und 3 StGB dem Unrechtsgehalt der Straftaten, gerade im Vergleich zu anderen Strafandrohungen, nicht in angemessenem Umfang gerecht wird. Das gilt auch für die Strafandrohung für Kindesmissbrauch in Paragraf 176 Absatz 1 StGB. Entsprechende Straftaten sollen daher als Verbrechen eingestuft werden.

5. Die IMK hält es daher für erforderlich, den Strafraum für Straftaten im Zusammenhang mit kinderpornografischen Schriften in Paragraf 184b Absätze 1 und 3 StGB weiter anzuheben. Auch eine entsprechende Anpassung des Strafraums des Paragraf 184 b Absatz 2 StGB als Qualifikationstatbestand zu Paragraf 184 b Absatz 1 StGB ist zur Wahrung des Qualifikationsverhältnisses erforderlich.

6. Die IMK bittet den Bund, eine entsprechende Gesetzesanpassung zu prüfen und dabei eine Einstufung von Straftaten nach Paragraf 184 b Absätze 1 bis 3 sowie Paragraf 176 Absatz 1 StGB als Verbrechen (Erhöhung der Mindeststrafe auf ein Jahr) in Kombination mit der Normierung von minder schweren Fällen zur Vermeidung unbilliger Härten in Erwägung zu ziehen. Im Höchstmaß sollen Straftaten nach Paragraf 184 b Absatz 1 StGB von fünf auf zehn Jahre und in Paragraf 184b Absatz 3 StGB von drei auf fünf Jahre Freiheitsstrafe erhöht werden.“

Dem Grunde nach entsprachen die Forderungen der IMK aus Kiel denen der Deutschen Kinderhilfe und der anderen Akteure im Kinderschutz.

Ausweichende Antworten

Auf schriftliche Nachfrage, inwieweit der IMK-Beschluss sich bereits in der

Umsetzung befinde, und wann mit den entsprechenden Nachbesserungen zu rechnen sei, kam eine eher hinhaltende und völlig unbefriedigende Antwort in der darüber hinaus darauf hingewiesen wurde, dass der Strafraum für den Besitz von Kinderpornografie ja bereits von zwei auf drei Jahre erhöht worden sei, und dass die Höhe eine Strafe ja nicht unbedingt Einfluss auf die Prävention haben müsse. Eine nicht-akzeptable einseitige Argumentation.

Entdeckungsrisiko versus Höhe der Strafandrohung?

Dennoch mit einer derartigen Argumentation könnten theoretisch dann ja auch andere angedrohte Höchststrafen gesenkt werden, wenn sie ohnehin keine oder nur geringe Auswirkungen auf die Prävention bestimmter Delikte haben. Schon zu Zeiten der damaligen Münsteraner Polizeiführungsakademie wurde über Zusammenhänge insbesondere zwischen dem Entdeckungsrisiko und der Höhe einer Strafandrohung geforscht.

Stark vereinfacht: Bei einem hohen Entdeckungsrisiko kann man die Höhe der Strafandrohung durchaus etwas niedriger halten, während eine höhere Strafandrohung bei Delikten, bei denen es nicht um einen Verlust der Impulskontrolle geht, ein niedrigeres Entdeckungsrisiko kompensieren kann.

Nur beispielhaft sei zur Veranschaulichung an dieser Stelle auf die polizeiliche Verkehrssicherheitsarbeit hingewiesen: In Deutschland gibt es bei Verkehrsverstößen – noch – ein relativ hohes Entdeckungsrisiko bei – im Vergleich zu anderen europäischen Ländern – ziemlich niedrigen angedrohten Verwarn- und Bußgeldern. In beispielsweise skandinavischen Ländern ist das Entdeckungsrisiko oft auf Grund geringeren Polizeidichte in Relation zur Fläche des Landes dagegen ziemlich niedrig. Aber wenn dann dort ein Verkehrsverstoß festgestellt wird, ist die Höhe der Buße derartig hoch, dass selbst deutsche Kraftfahrer ab Überschreiten der Grenze sich äußerst korrekt an die dortigen Verkehrsregeln halten. Bis sie wieder zurück auf deutschen Asphalt fahren.

Das Entdeckungsrisiko bei sexueller Gewalt gegen Kinder oder dem Besitz von Kinderpornografie ist dagegen hierzulande extrem niedrig.

Weit über 90 Prozent der Hinweise zu diesen Straftaten kommen aus den USA oder anderen Staaten, in der es

eine Meldepflicht für Provider gibt, wenn sie derartiges Material feststellen. In Deutschland haben wir noch immer keine derartige Meldepflicht. Und die Fälle, die dann dem Bundeskriminalamt (BKA) gemeldet werden, können dann oft nicht (mehr) nachverfolgt werden, da die Vorratsdatenspeicherung in Deutschland noch immer „eingefroren“ ist. Oftmals lassen sich nicht einmal mehr die IP-Adressen der Tatverdächtigen zurückverfolgen. Kurz nach der postalischen Antwort an den Verfasser erklärte ein BMJV-Sprecher gegenüber den Medien, dass nicht die Absicht bestehe, die benannten Strafandrohungen zu ändern.

Unerwartete Unterstützung

Spannend ist, dass sich die Verfasser einer Petition in Zusammenhang mit sexueller Gewalt gegen Kinder die Argumente des Verfasser dieses Artikels nach verschiedenen Interviews zu dem Thema zu eigen gemacht hatten und bereits knapp 400.000 Unterzeichner haben, die die Bundesregierung auffordern, die geforderten Nachbesserungen vorzunehmen.

Die Forderung der Unterzeichner nach einer völligen Aufhebung der Verjährungsfrist nach Fällen sexueller Gewalt kann der Verfasser zwar verstehen, teilt sie aber dennoch in ihrer Absolutheit nicht.

Ebenfalls interessant ist, dass neben allen Innenministern (aller Parteien) auch verschiedene Justizminister der Länder der Auffassung sind, dass es endlich entsprechender Nachbesserungen im Strafgesetzbuch bedarf.

Die Lage und das Künftige – eine Meinung

Zurzeit schützen wir hierzulande Eigentum intensiver als die Gesundheit und die ungehinderte Entwicklung einer eigenen sexuellen Identität unserer Kinder. Dies ist eines so hoch entwickelten Rechtsstaates wie dem unseren unwürdig.

Und wir missachten gleichzeitig die Würde der von (sexueller) Gewalt Betroffenen, denn angedrohte Mindest- und Höchststrafen und anschließende schuldangemessene Gerichtsurteile zeigen ihnen zumindest mittelbar auch auf, was sie unserer Gesellschaft und unserer Justiz offensichtlich wert sind. Und nicht wenige von ihnen werden



HINTERFRAGT

– älter und sich der Taten bewusst –, dieses Mal von Staats wegen retraumatisiert und so zum zweiten Mal Opfer.

Das Justizministerium hat die Lage falsch eingeschätzt. Das ist keine Schande. Eine Schande ist nur, wenn man einen Fehler durchzuhalten versucht, nur um ihn nicht zugeben und am Ende nachgeben zu müssen.

Darüber hinaus verstößt das Ministerium gegen den Koalitionsvertrag. In dem vor zwei Jahren zwischen der CDU/CSU- und der SPD geschlossenen Papier heißt es unter den Ziffern 868 bis 872 wörtlich: „Neben den wichtigen präventiven Maßnahmen auf allen Ebenen ist es für einen wirksamen Opferschutz unerlässlich, die konsequente Verfolgung von Pädokriminellen, die im Netz aktiv sind, zu intensivieren. Sexualisierte Gewalt gegen Kinder soll härtere Konsequenzen nach sich ziehen, Schutzlücken müssen geschlossen werden.“

Die bisherige Argumentation des Justizministeriums lässt nicht nur starke

Zweifel an dem im Hause vorhandenen Rechts- beziehungsweise Unrechtsverständnis aufkommen, sie ist darüber hinaus eine Parteien übergreifende Beleidigung des Urteilsvermögens unserer Innenminister von Bund und Ländern.

Eine Ministeriumssprecherin führte Medien gegenüber an, dass ihr Haus eine Erhöhung der Höchststrafe bei einem der angeführten Delikte auf 15 Jahre nicht teile und die bisherigen 10 Jahre für ausreichend erachte.

Eine derartige Forderung war dem angeführten IMK-Beschluss nicht zu entnehmen. Diesen anscheinend missverständlichen Standpunkt kann man unter Umständen noch an anderer Stelle verstehen, doch was hat das mit der Höchststrafandrohung für den Besitz von kinderpornografischem Material zu tun oder der Mindeststrafandrohung für den sexuellen Missbrauch von Kindern?

Wegen einer möglichen vielleicht sogar nur auf einem Missverständnis beruhenden Meinungsverschiedenheit

in einem einzigen Punkt kann das doch nicht bedeuten, deswegen überhaupt nichts zu tun und alles beim Alten zu lassen.

Mein persönlicher Schluss: Das Justizministerium tut sich beim Thema sexuelle Gewalt gegen Kinder ähnlich schwer wie die katholische Kirche.

Momentan wird die Bundesjustizministerin, die sich in ihrer Rolle ja eigentlich eher für den Opferschutz als für (potenzielle) Täter engagieren sollte, in der Pädophilen-Szene dafür gefeiert, dass sie die Innenminister mit ihren Forderungen nach Strafverschärfungen bei sexueller Gewalt gegen Kinder und Kinderpornografie „ausgebremst“ hat.

Die Bundeskanzlerin hatte den Kinderschutz in unserem Land einmal zur Chefsache gemacht. Von ihr ist zu erwarten, dass sie das Justizministerium an den Koalitionsvertrag erinnert und dessen Einhaltung anweist – zum Schutz unserer Kinder. ■

HILFREICH

30 Jahre Informationssystem für Gefährliche Stoffe

Von Reinhard Leuker, PHK a.D., GdP-Gefahrgutexperte



Foto: privat

Zum 30-jährigen Bestehen des Informationssystems Gefährliche Stoffe (IGS) trafen sich Anfang November auf Einladung des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV) unter anderen Vertreter der Polizei und Rettungskräfte zu einer Veranstaltung in Duisburg.

Mit dem Sammeln von Gefahrstoffinformationen begann vor drei Jahrzehnten unter Federführung der Nixdorf AG, mit einem Entwicklungsvolumen

von 15 Millionen Mark – 10 Millionen vom Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz (MURL/NRW) und 5 Millionen von Nixdorf – der Aufbau eines Gefahrstoffdatensystems. Zunächst waren nur Polizei, Gewerbeaufsichtsämter und die Feuerwehren Nordrhein-Westfalens im Blick, die vor allem schnelle und sichere Informationen von Gefahrstoffen und Gefahrgütern bei ihren Alltagsaufgaben benötigen.

Riesige Datensammlung

Etwa 245.000 Stoffe aus amtlichen Quellen sind im IGS mit vielen hilfreichen Informationen, zur Bewertung, rechtlichen Regelungen, aber auch zur Eigensicherung hinterlegt. Darin geht es um Chemikalien, Naturstoffe, Radionuklide, aber auch Bakterien, Viren, Pilze oder Parasiten.

Einsatzkräften, die in der Regel keine vertieften chemischen Fachkenntnisse haben, soll mit dem IGS beispielsweise bei Unfällen oder Zwischenfällen eine schnelle Gefahrenbeurteilung ermöglicht werden. Aus Begleitpapieren, von Versandstücken oder von Warntafeln können verlässliche Informationen abgeleitet und schnell die richtigen Maßnahmen getroffen werden.

Für die Zielgruppen sind verschiedene Zugriffsversionen erstellt worden:

- IGS-Polizei für die Polizei (Kriminalpolizei, Verkehrsdienste, Unfallaufnahmekräfte et cetera),
- IGS-Fire für die Feuerwehr,
- IGS-Public öffentlicher Zugriff (Jedermann).

Inzwischen gibt es die Anwendungen als Apps für die mobile Nutzung. Diese sind auf Anforderung der Behörden beim LANUV/NRW beispielsweise für Smartphones erhältlich. ■



Abschied von bewährten Kräften

DP-Redakteurskonferenz



GdP-Chef Oliver Malchow (r.) mit einem kleinen Präsent für DP-Layouter a.D., Rembert Stolzenfeld.

Foto: Zielasko

den Kolleginnen und Kollegen zur Seite gestanden sowie nicht zuletzt Hunderte von Titellentwürfen der Redaktion zur Diskussion und Entscheidung überlassen. Auch von unserer Seite: Lieber Rembert, DANKE.

Richtig gut gemacht

Auf Wiedersehen sagte das DP-Team mit dem Bremer Wolfgang Ahlers, dem Rheinland-Pfälzer Bernd Becker und dem Brandenburger Frank Schneider auch bewährten Redakteuren der Landesseiten. Alle drei haben über viele Jahre die acht Seiten ihrer Landesjournale mit Leidenschaft, Fleiß, Kreativität und Akribie gefüllt. Und wenn jemand etwas so lange macht, dann kann man doch vielleicht davon ausgehen, dass das auch etwas Spaß gemacht hat und eine lohnenswerte, ehrenamtliche Aufgabe war. Euch dreien sagen wir: Das habt ihr richtig gut gemacht. Wir werden euch in unseren Reihen vermissen.

mzo

Nach einer längeren Pause traf sich das Team der GdP-Landes- und Bezirksredakteurinnen und -redakteure zu einer Arbeitstagung Ende November in Kassel.

Im Vordergrund standen zwar innovative redaktionelle Prozesse sowie presserechtliche Fragestellungen, doch den „heimlichen“ Höhepunkt stellte die Verabschiedung bewährter Einsatzkräfte dar. So würdigte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, mit dem langjährigen Layouter von DEUTSCHE POLIZEI (DP), Rembert Stolzenfeld, auch ein Stück Geschichte der Mitgliederzeitschrift.

Stolzenfeld, der Anfang des vergangenen Jahres aus gesundheitlichen Gründen die Schlussredaktion der DP in andere Hände übergab, hatte über 20 Jahre die 40 Seiten des sogenannten Bundesteils gestaltet, regelmäßig das Layout angepasst und in Stilbücher gegossen, auf Landesredakteurskonferenzen mit Rat und Tat



Trio redaktionale (v.l.n.r.): Frank Schneider, Bernd Becker und Wolfgang Ahlers.

Foto: Benjamin Jendro



Neues Führungsteam mit Aufgabenagenda

8. Landesdelegiertentag der GdP Sachsen-Anhalt

Von Jens Hüttich

Unter dem Motto „Gemeinsam – Stark – Sicher“ trafen sich Anfang November Abgeordnete Kolleginnen und Kollegen des Landesbezirks Sachsen-Anhalt der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Landsberg zu ihrem 8. Ordentlichen Landesdelegiertentag. Uwe Bachmann wurde als Vorsitzender bestätigt, freute sich über sein neues Vorstandsteam und nahm nach der intensiven Beratung und Verabschiedung von über 100 Anträgen eine umfangreiche Aufgabenagenda entgegen.

Zwei Themen beherrschten die Grußworte und Redebeiträge der Gäste, darunter der Minister für Inneres und Sport, Holger Stahlknecht, die von allen aufgegriffen wurden. Zum einen die extrem angespannte Personalsituation im Land sowie die unzureichenden finanziellen Mittel für die Polizei, zum anderen der Anschlag in Halle von Anfang Oktober.

Obwohl die Landesregierung nach der letzten Wahl den Personalabbau gestoppt hat, wirkt dieser immer noch nach. Die Zahl der Polizeivollzugsbeamten von bereits unterschrittenen 5.700 zunächst auf 6.400 und langfristig auf 7.000 zu heben, erscheint als schwierige Aufgabe. Auch die Liegenschaftsprobleme der Polizei würden zwar durch das Land angegangen, die Lösung brauche



Das neue Führungsteam (v.l.n.r.): Ingo Neubert, Uwe Bachmann, Angela Bauske, Andreas Pöschel, Nancy Emmel, Liane Bosse, Lars Fischer und Rolf Gumpert, auf dem Bild fehlt Eycke Körner.

Foto: Michael Kammler

aber sehr lange. Bedingt durch den immensen Investitionsstau reichten auch die bisher begonnen Maßnahmen nicht aus, um in absehbarer Zeit die Arbeitsbedingungen vieler Kolleginnen und Kollegen zu verbessern.

Innenminister Stahlknecht dankte allen Polizeibeschäftigten für die geleistete Arbeit. Zum Anschlag von Halle sagte er, eine 100-prozentige Sicherheit für jeden einzelnen Bürger werde es nie geben, jedoch seien Politik und Polizei gefordert, auf die Herausforderung der digitalen Kriminalität und der dort stattfindenden Radikalisierung Einzelner Antworten zu finden.

Er stellte fest, dass das Personal in der Polizei, Verfassungsschutz, der Justiz und der Verwaltung im Land nicht ausreiche, und es Aufgabe der Politik sei, dies zu ändern. Weitere Schwerpunkte legte er auf die derzeitige Arbeitsbelastung, unzureichende Beförderungsmittel, die Liegenschaftsproblematik sowie die IT-Ausstattung.

Der neue und alte Landeschef Bachmann verwies unterdessen auf kontinuierlich gestiegene Mitgliederzahlen, und dies vor dem Hintergrund gesunkener Beschäftigtenzahlen. Über 4.900 Mitglieder vertrauten der Leistungskraft der Gewerkschaft. Einen besonderen Anteil daran hätten die Vertrauensleute, die in den Dienststellen die wichtige Basisarbeit leisteten. Die GdP habe die Probleme in unseren Land klar gemacht und werde von der Politik gehört. Jetzt werde intensiv an der Beseitigung dieser Probleme gearbeitet. ■



Nr. 1 • 69. Jahrgang 2020 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei



Erscheinungsweise und Bezugspreis:
Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Deutsche Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: 030 399921-0 **Fax:** 030 399921-200
Internet: www.gdp.de

Redaktion DEUTSCHE POLIZEI Chefredaktion:

Michael Zielasko (mzo) (Verantwortlicher Redakteur)
Wolfgang Schönwald (wsd) (Ständiger Vertreter)
Redaktion: Christina Bicking (cbg)
Redaktionsassistent: Johanna Treuber
Telefon: 030 399921-113 **Telefax:** 030 399921-29113
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de

Gewerkschaft der Polizei, Abteilung Kommunikation, Stromstraße 4, 10555 Berlin
Telefon: 030 399921-113, -117 **Fax:** 030 399921-200
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de
Gestaltung & Layout: Andreas Schulz, karadesign

Die unter Verfasseramen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden gegebenenfalls auf www.gdp.de, der GdP-APP und sozialen Medien verbreitet.



**VERLAG
DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft
der Polizei**
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183
Fax 0211 7104-174 **E-Mail** av@vdp-polizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 42 vom 1. Januar 2020.

Bitte wenden Sie sich bei **Adressänderungen** nicht an den Verlag, sondern an Ihre Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- oder Bezirksteils in der Mitte des Heftes.



Druckauflage dieser Ausgabe:
190.777 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG, DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon 02831 396-0,
Fax 02831 89887

Titel
Foto: mreco – stock.adobe.com

Gestaltung:
Andreas Schulz,
karadesign



STEUERERKLÄRUNG FÜR POLIZEIBESCHÄFTIGTE

Für das Steuerjahr 2019

Von **Sven Gareiß**.



1. Auflage 2019

Umfang: 220 Seiten

Format: Broschur, 14,8 x 21 cm

Preis: 12,50 € [D]

ISBN: 978-3-8011-0872-4

Gerade der Polizeiberuf bringt eine Vielzahl von Besonderheiten mit sich, die auch für die jährliche Steuererklärung von Bedeutung sind. Dieser Ratgeber verschafft Polizeibediensteten einen tiefgreifenden Überblick, was sie steuerlich geltend machen können und hilft ihnen dabei, diese Ansprüche gegenüber dem Finanzamt durchzusetzen.

Nach einer allgemeinen Einführung begleitet der Autor den Leser Schritt für Schritt von der Erstellung der Steuererklärung bis hin zu einem möglichen Einspruchsverfahren gegen den erfolgten Steuerbescheid. Einen strukturierten Überblick über die Materie erhalten die Nutzer durch die durchgängig genutzten Symbole („Hinweis“, „Merke“, „Achtung“, „Rechtsquelle“), die zudem das Verständnis für das Thema wesentlich erleichtern. Gleiches gilt für die zahlreichen Berechnungsbeispiele wie auch Musterfälle, die der Autor mit einbringt.

Damit bietet dieses Buch wertvolle Hilfe und Unterstützung bei der Steuererklärung, von der auch Beschäftigte außerhalb der Polizei profitieren können. Denn schließlich geht es um ihr Geld!



DER AUTOR

Sven Gareiß, Dipl.-Fin. (FH); Steueramtmann, ist als hauptamtlicher Dozent an der Norddeutschen Akademie für Finanzen und Steuerrecht Hamburg tätig.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

POLIZEI



Für ihre „Polizei-Arbeit“ bietet die Firma KIDSSHIRT das passende Outfit.

Bequeme T-Shirts aus 100 % Baumwolle mit aufwendig bedruckten Details und eine fast originalgetreue Polizei Einsatzmütze und Polizei Basecap – genau das Richtige für alle kleinen Nachwuchskräfte der Polizei!

Kinder T-Shirt „POLIZEI“, blau

92	25-9002
104	25-9102
116	25-9202
134	25-9302
152	25-9402
164	25-9502

☀️ 12,95 € 15,95 €

Kinder-Polizei Basecap

Material: 100 % Baumwolle.
Verstellbarer Klettverschluss. Ø 20 cm.
Geeignet für Kinder ab 3 Jahre.
259602 (blau)

☀️ 6,95 € 8,95 €

Kinder-Polizei Einsatzmütze

Oberteil aus Kunststoff – Abwaschbar.
Ø 18 cm. Geeignet für Kinder ab 3 Jahre.
259702 (blau / weiß)
259802 (blau)

☀️ 8,95 € 10,95 €



**ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Werbemittelvertrieb · Postfach 309 · 40703 Hilden
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

Letzter Bestelltermin: 31.01.2020
Lieferzeit ca. 10 Tage, zzgl. 4,95 € Versand.

Weitere Polizeiartikel und nützliche
Produkte finden Sie unter:

www.osg-werbemittel.de